

Volksmacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Abonnementpreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgeb. Einzelnummer 10 Pf.

Kostenpreise:
Die gewöhnliche Beilage 25 Pf., die wöchentliche 30 Pf., die Spezialbeilage 80 Pf. Kr. Beilage mit Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen mit Nachbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 39 Danzig, Sonnabend den 29. September 1917 8. Jahrgang

Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende?

Mitbürger! Parteigenossen!

Seit Wochen und Monaten ist eine zügellose Agitation im Gange, um einen baldigen Friedensschluss, den der deutsche Reichsführer und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als möglich und wahrscheinlich bezeichnet haben, mit allen Kräften zu hintertreiben. Nach drei Jahren eines Krieges, der wie kein zweiter ein Uebermaß von Leiden und Weh über die ganze zivilisierte Welt gebracht hat, wagt es eine kleine, aber geräuschvoll und anmaßend auftretende Gruppe dem deutschen Volke zuzumuten, daß es für phantastische Eroberungspläne und unmögliche Beherrschungsziele den Krieg auf unabsehbare Zeit und zu einem ungewissen Ende fortsetze. Diese kleine Gruppe tritt unter den verschiedensten Namen, in den mannigfaltigsten Gewändern auf; bald im Rahmen einer politischen Partei, bald bezeichnet sie sich als „Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden“, bald als „Ausschuß zur rücksichtslosen Durchsetzung Englands“, neuerdings hat sie auch eine besondere Partei ins Leben gerufen, die „Deutsche Vaterlandspartei“, aber hinter all dem steckt immer wieder derselbe Kreis von Menschen, der seit Jahren bekannt ist unter dem Namen der Alldeutschen.

Wer sind die Alldeutschen?

Die Alldeutschen sind die markantesten Vertreter des deutschen Imperialismus. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Verherrlichung und Anbetung der nackten Gewalt und der brutalen Schmach, die ihnen als die einzigen weltbewegenden Kräfte erscheinen. Das gilt nach außen wie nach innen hin. Nach außen hin erstreben sie eine möglichst weite Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine jetzigen Grenzen hinaus, die Unterwerfung und Angliederung benachbarter Länder sowie den Erwerb möglichst umfangreicher Kolonialgebiete. Nach innen wollen sie mit derselben brutalen Gewalt die aufstrebenden arbeitenden Klassen und die Demokratie niederhalten. Ihr lärmendes Gebaren und Auftreten hat namentlich dazu beigetragen, in der übrigen Welt die Vorurteile und das Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu säen, die sich jetzt so bitter an uns gerächt haben. Denn das Ausland konnte bei dem großspürigen Auftreten der Alldeutschen nicht erkennen, was wir wissen, daß in Wirklichkeit nur eine verschwindende Minderheit des deutschen Volkes hinter den Alldeutschen steht.

Luch jetzt während des Krieges wendet sich die große Masse des deutschen Volkes von den alldeutschen Kreisen ab. Die hinter den Alldeutschen stehen, sind an Zahl gering, an Einfluß freilich mächtig. Abgesehen von einigen weltfremden Ideologen, Schulprofessoren und pensionierten Militärs, sehen wir bei den Alldeutschen hauptsächlich die Kreise, denen der Krieg große Gewinne in den Schoß geworfen hat und die auch bei langer Fortdauer des Krieges nicht um ihre wirtschaftliche Existenz zu fürchten brauchen, vor allem die Kreise der schweren Industrie und des land wirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Sie speisen die Bewegung auch aus unerschöpflichen Geldquellen, kaufen in Massen bisher unabhängige Zeitungen auf und verwandeln sie in ihre Propagandaorgane, sie haben auch die neue „Deutsche Vaterlandspartei“ finanziert und ermöglichten ihr eine Agitation nach amerikanischem Muster.

Die Kriegsziele der Alldeutschen.

Jedermann in Deutschland weiß, daß ein baldiger Frieden nur möglich ist, wenn Deutschland sich mit seinen Gegnern verständigigt. Selbstverständlich will niemand in Deutschland einen Frieden, der Deutschlands Ehre, Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Existenz antastet. Das gilt namentlich auch von der deutschen Sozialdemokratie. Jede gegenseitige Behauptung ist eine Verleumdung.

Aber andererseits ist vollkommen klar, daß es eine endlose Verlängerung des Krieges bedeuten würde, wenn Deutschland darauf ausginge, fremdes Land zu erobern, andere Völker zu unterwerfen oder eine hohe Kriegsentanschädigung von den Gegnern einzubeheischen. Denn ebenso wie das deutsche Volk sich mit dem Aufruf aller Kräfte gegen derartige Zumutungen seiner Gegner wehrt, würden sich diese bis zum äußersten und letzten verteidigen, ehe sie auf derart demütigende Bedingungen eingingen.

Eroberungen und Entschädigungen fordern, heißt also, den Krieg bis ins Endlose verlängern.

Das aber ist das Ziel der Alldeutschen. Eins ihrer hervorragendsten Mitglieder, Graf von Roon, Generalleutnant z. D., Mitglied des preussischen Herrenhauses, hat es in einer alldeutschen Korrespondenz am 22. August 1917 in folgendem schneidigen Divisionsbefehl formuliert:

keine Verständigung — keine Verhandlung — keine Friedenskonferenz,
sondern nur völlige Sieg, völliges Niederschlagen aller Gegner und dann:
jedem einzelnen den Frieden diktiert, den wir ihm bewilligen können und — wollen.

Also zunächst die Gegner völlig niederschlagen! Aber das ist auf dem Papier leichter getan als in der Wirklichkeit. Deutschland müßte danach zunächst einen Sieg erzwingen, durch den England, Frankreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan, China, Brasilien usw. völlig auf die Knie gezwungen werden. Wie stellt sich Graf Roon diesen Sieg vor? Wie stellt er sich namentlich den Sieg vor, der es uns ermöglichen soll, Japan oder den Vereinigten Staaten den Frieden zu diktiert?

Trotzdem hören die Alldeutschen nicht auf, den dicht vor der Tür stehenden „Endsieg“ zu prophezeien. Jeder, der an dieser Prophezeiung zweifelt und mit ruhigem Kopf die Tatsachen prüft, wird von ihnen in der maßlosesten Weise als „Flaumacher“, „Feigling“ usw. beschimpft.

Wie steht es aber mit der Zuverlässigkeit alldeutscher Prophezeiungen?

Schon ein dutzendmal haben sie uns den völligen Zusammenbruch der Gegner in kurzer Zeit prophezeit. Bisher aber ist keine dieser Prophezeiungen eingetroffen. Nur ein paar Beispiele dafür: Im Juni erklärte der alldeutsche-konservative Führer Abg. v. Heydenbrand auf einer Versammlung in Wittlich, von ganz zuverlässiger Seite gehört zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Seitdem ist mehr als die doppelte Zeit vergangen, England ist noch nicht niedergezwungen. Wenige Zeit später aber, im August 1917, prophezeite der Fürst Salm-Horstmar auf einer Dortmunder Flottenversammlung:

„nur noch wenige Monate gilt es auszuhalten und unsere Feinde liegen vollständig zerstückelt am Boden.“

Seitdem ist nun auch längere Zeit vergangen, aber es macht sich noch kein Anzeichen für die „völlige Zerstückelung“ unserer Feinde bemerkbar.

Bei diesen andauernden Mißerfolgen im Prophezeien muß man die Dreistigkeit bewundern, mit der die Alldeutschen jeden beschimpfen und verhöhnen, der ihren Voraussetzungen den Glauben aufkündigt.

Die Alldeutschen und der Reichstag.

Der Deutsche Reichstag hat am 19. Juli 1917 sich mit großer Mehrheit auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt. Er hat der Willensmeinung des deutschen Volkes durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben, welche ausdrücklich Eroberungen und Vergewaltigungen fremder Völker ablehnt.

Nur die alldeutschen Eroberungspolitiker und ihre Helfer aus der von der Sozialdemokratischen Partei abgeplitterten Unabhängigen Sozialdemokratie stimmten dagegen. In ihrer Antwort auf die Papfnote hat die deutsche Regierung beteuert, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen des Volkes und der Friedensfundamente des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Kaum hatte der Reichstag die erwähnte Resolution gefaßt, als die Alldeutschen mit den maßlosesten Beschimpfungen über die Reichstagsmehrheit herfielen. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter ein wesentliches Verdienst daran haben, daß die Friedensresolution des Reichstages zustande kam, wurde in der unflätigsten Weise angegriffen. Ausdrücke, wie „Schmachresolution“, „Bankrottresolution“, „Friedensgewinn“, „neuralgischer Zusammenbruch“ waren noch das geringste. Die „Deutsche Tageszeitung“ warf der Reichstagsmehrheit „Verrat am Vaterlande“ vor, und der schon genannte Fürst Salm-Horstmar bezeichnete die Mitglieder der Mehrheit als „Landesverräter“. Bei der Gründung eines Landesvereins der „Deutschen Vaterlandspartei“ für Westpreußen wurde der Reichstag von dem Hauptredner, Generallandschaftsdirektor Meyer-Rottmannsdorf, sogar als eine „Idiotenanstalt“ bezeichnet.

So beschimpfen angebliche deutsche Patrioten die Vertretung des deutschen Volkes. In ihrer Wut über den Reichstagsbeschluss stellen sie die Behauptung auf, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stünde. Dabei stehen hinter den Parteien, welche die Verständigungsresolution angenommen haben, etwa vier- bis fünfmal soviel Wählerstimmen als hinter den Parteien der Alldeutschen!

Der alldeutsche Patriotismus.

Bei jeder Gelegenheit stellen sich die Alldeutschen so hin, als wären sie die alleinigen Freunde des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Um diese Behauptung zu erhärten, sprechen sie auch vor den niedrigsten Verdächtigungen ihrer Gegner nicht zurück. So wird in den „Alldeutschen Blättern“ den Vertretern der Reichstagsmehrheit fortgesetzt nachgesagt, daß sie die Erfolge der deutschen Waffen nicht wünschen, daß zum Beispiel die Einnahme von Riga für sie ein „schwerer Schlag“ gewesen sei, gleich als ob die Anhänger des Verständigungsfriedens es auf die deutsche Niederlage abgesehen hätten.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dies eine bodenlose Unterstellung ist. Die Anhänger des Verständigungsfriedens wissen sehr wohl, daß ohne die Erfolge der deutschen Waffen Deutschland

sich nicht gegen die mehr als zehnfache Uebermacht seiner Feinde behaupten könnte. Die deutschen Siege tragen dazu bei, unsere Gegner zu überzeugen, daß sie Deutschland nicht bewältigen können, und wirken so zur schnelleren Herbeiführung einer Verständigung, — wenn man nicht, wie die Alldeutschen es tun, sich nach jedem Sieg zu einem Eroberungskrausch hineinphantasieren. Wer freilich nach der Besetzung jeder Stadt und jeder Provinz sofort in den Ruf ausbricht: „Das geben wir nicht wieder heraus!“, der treibt die Feinde zum äußersten verzweifelten Widerstand.

Auf wie schwachen Füßen aber der Patriotismus der Alldeutschen steht, sobald ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zeigen Drohungen aus ihren Reihen. Der alldeutsche Professor Kaebeke schrieb zu der Reichstagsresolution aus dem Felde:

„Wenn unsere Politik so zu Hause gilt tummein — zur Freude unserer Feinde —, dann mag mein Weg alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.“

Also Verräterstreich, das ist die Drohung dieser Patrioten, wenn es nicht in Deutschland nach ihren Wünschen geht.

Alldeutsche Methode.

Um die Anhänger des Verständigungsfriedens in Misgung zu bringen, scheuen die Alldeutschen auch vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurück. Man bezeichnet die Freunde der Verständigung von alldeutscher Seite als „Landesverräter“ und „Agenten des feindlichen Auslandes“.

Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, welche die unerschrockenste Vorkämpferin des Verständigungsfriedens in Deutschland ist, wird von den Alldeutschen fast täglich in dieser Weise beschimpft. Beispiele dafür sind zahllos. So brachte die alldeutsche Presse das Gerücht auf, S e i d e m a n n sei verhaftet worden, weil ihm nachgewiesen sei, er stehe als feindlicher Agent im englischen Solde. Die „Tägliche Rundschau“ warf im August dem „Vorwärts“, weil er sich einer objektiven Schreibweise befleißigte, vor, er schreibe „in Wahrnehmung englischer Interessen“.

Auch sonst greift man, wenn es nicht weiter geht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die alldeutsche Presse andauernd Zitate aus dem „Vorwärts“ und anderen sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Aussprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart hat, daß die sauberen Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten und Dinge hereinbrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte.

Warum das alles?

Mit solchen verzweifelten Mitteln kämpfen die Alldeutschen, um den Blick des deutschen Volkes von der Wahrheit abzulenken, Was ist die Wahrheit?

Daß bei allseitigem Verständigungswillen der Völker ein baldiger Frieden möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine völlige Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet.

Die Verfolgung des alldeutschen Programms bedeutet einen Selbstmord der europäischen Kultur, denn nach einem solchen Zusammenbruch würde ein Aufbau Europas kaum in hundert Jahren wieder möglich sein.

Die Alldeutschen freilich behaupten, Deutschland müsse verteidigen, wenn es nicht all das erhalte, was sie als Eroberungsziele bezeichnen, Land in Ost und West und eine Kriegsenfähigkeits. Sie malen uns große Bilder aus, was Deutschland bei Durchführung dieser Eroberungen alles besitzen würde und nicht besitzen würde bei einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Aber sie vergessen, uns die Schabbelpyramide zu malen, die sich nach aufstürzen müßte bis zur Erreichung dieser Ziele. — falls sie überhaupt zu erreichen sind.

Soll wirklich für diese vagen Aussichten der Krieg ins Unendliche verlängert werden? Das Volk ist des Wortens satt, es verlangt einen baldigen Frieden und verlangt, daß dieser geschlossen werde, sobald Deutschlands Existenz gesichert ist.

Wer für die alldeutschen Ziele eintritt, der tritt für Kriegsverlängerung und neue maßlose Leiden ein. Er leidet auch künftigen Kriegen Vorschub. Denn ein Zerstückelungsfrieden, wie ihn die Alldeutschen predigen, würde die Gegner zu neuen Revanchekriegen gegen Deutschland aufreizen.

Wer einen baldigen Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, der kämpfe mit für diese Ziele in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kriegsnachrichten

Kämpfe in Flandern

Früher als nach den beiden ersten Schlachten haben diesmal die Engländer ihre Infanterie in die Schlacht geschickt. Unsere Patrouillen brachten in erfolgreichem Vorwärtsgang an mehreren Stellen Maschinengewehre und Panzer mit sich und unsere Artillerie mit feuerkräftigen Geschützen die gegnerischen Batterien bekämpfte, deren Feuer an vielen Stellen zum Nachlassen gezwungen wurde.

Im Raume von St. Quentin, besonders zwischen Bouchain und der Westschiff, verläuft die Frontlinie. Die dort vorzubereitenden feindlichen Unternehmungen sind in unserer Feuerwirkung nicht zur Durchführung. Nach gründlicher Verwüstung von St. Quentin haben die Franzosen als Ziel ihrer Bombenschüsse Combrail gewählt. Ein Geschwader von 15 Flugzeugen, darunter drei zweimotorige Maschinen, führte eine Anzahl französischer Bürger.

An der Ostflanke hielt das schon seit einigen Tagen starke feindliche Feuer an, das gegen Abend zu erheblicher Heftigkeit anwuchs. Unsere Stoßtruppen konnten in Gegend Braye bis zu den meisten französischen Gräben vordringen und brachten eine größere Anzahl französischer Gefangener und Schnellladegewehre ein. Auch am Hochberg zählten unsere Patrouillen mit Gefangenen und Beute zurück. Auf dem Westufer der Maas holten in der Nacht zum 24. September unsere Stoßtruppen südlich Haucourt eine größere Anzahl Gefangener und ein Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung. Infolge der stetigen Kämpfe erhöhte sich die beiderseitige Artillerietätigkeit und blieb auch während der Nacht lebhaft. Mehrfach erkannte feindliche Zusammenkünfte wurden von uns unter Beschützungsfeuer genommen. Westlich der Maas haben wir an verschiedenen Stellen unsere Stellungen verbessert. Zwischen Somagneux und der Höhe 344 wurden unsere Stellungen in den letzten Tagen um einige hundert Meter vorverlegt. Bei Unternehmungen am 24. September außer der Einbuße von mehreren hundert Gefangenen schwere Verluste.

Neuer Luftangriff auf England

Berlin, 25. Sept. Amlich. In der Nacht zum 25. Sept. griff ein starkes Marine-Luftschiffgeschwader mit sichtlich gutem Erfolge befestigte Plätze, militärische und Industrieanlagen am Jamber sowie im Gebiet zwischen Scarborough und Boston an. Zahlreiche Brände und einfallende Gebäude wurden beobachtet. Zu dem Geschwader, das unter der bekannten Führung des Jagdfliegers Straffer stand, gehörten auch die in mancher Englandfahrt bewährten Luftschiffkommandanten Kapitänleutnant Martin Dietrich, Hauptmann Wanger, Kapitänleutnant Ehrlich, Kapitänleutnant der Reserve Prosch, Kapitänleutnant Stabbert. Alle Luftschiffe sind trotz feindlicher Gegenwehr durch Land- und Seestreitkräfte ohne Schaden und ohne Verluste zurückgekehrt.

Reuter über den Luftangriff gegen London

London, 25. Sept. (Nachricht des Reuterschen Bureaus.) Gestern abend um 9 Uhr flogen feindliche Flieger über einen Teil der Stadt und warfen Bomben ab. Als Warnungssignale erklangen, waren die Gasthäuser voller Gäste. Es entstand eine allgemeine Flucht nach sicheren Orten. Viele Menschen stürzten in die Stationen der U-Bahn, die gedrängt voll waren. Als die Angreifer erschienen, waren die Straßen so gut wie verlassen und der Verkehr eingestellt. Die Luftschiffe sind trotz feindlicher Gegenwehr durch Land- und Seestreitkräfte ohne Schaden und ohne Verluste zurückgekehrt.

Eine Erklärung Hindenburgs

Amlich. Großes Hauptquartier, 25. September 1917. Es ist mir vom Kriegsminister mitgeteilt worden, es würde vielfach von unberufener Seite behauptet, daß nach meinen und General Ludendorffs Äußerungen drohender wirtschaftlicher Zusammenbruch und Verfall der militärischen Kräftequellen uns zum Frieden um jeden Preis zwingen. Ich weiß nicht, daß unsere Namen mit derartigen grundlosen Behauptungen verknüpft werden. Ich erkläre in voller Ueberzeugung mit der Reichsleitung, daß wir wirtschaftlich und militärisch für den weiteren Kampf und Sieg gerüstet sind.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Politische Wochenschau

Heber unser Blatt ist militärischerseits die Zensur verhängt worden.

Friedensarbeit

Der Vatikan befriedigt über die deutsche Antwort

RIB. Rom, 24. Sept. In Besprechung der Antwort der Mittelmächte an den Papst gibt „Officiale Romano“ der Ansicht Ausdruck, man müsse voraus setzen, daß die Mittelmächte es annehmen, auf den in der päpstlichen Note dargelegten Grundlagen, das heißt, Abtötung, Schiedsgericht, Freiheit der Meere und gegenseitige Ausgleichung der Kriegsausgaben und Kriegsschäden über den Frieden zu verhandeln. Der Vatikan fährt fort: Sie nehmen ausdrücklich die Zurückgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete an. Die Antwort scheint in jeder Hinsicht dem Vatikan hinreichend klar zu sein. In der Tat drückt die Antwort Deutschlands den Wunsch aus, in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Papstes und mit der Friedensumgebung des Reichstages vom 19. Juli die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden. Die Wünsche des Papstes, sagt das Blatt, sind diejenigen, wie sie im 4., 5. und 6. Punkt seiner Note dargelegt sind, und die Reichsleitung hat sich bereit erklärt, sie zu erfüllen. Es ist nur zu erwarten, daß die Friedensverhandlungen ohne Schwierigkeiten ablaufen werden. Die Annahme der in der päpstlichen Note zum Ausdruck gebrachten Gedanken, fährt „Officiale Romano“ fort, ist in gewisser Weise an den Tag angeknüpft, soweit es bei einem diplomatischen Schriftstück dieser Art gewünscht werden kann, in welchem man nicht erwarten darf, bis zu welchem Punkte man geneigt sein kann, Zugeständnisse zu machen und sich zu vergleichen. Was die Gebietsfragen betrifft, von denen in den beiden letzten Paragraphen der päpstlichen Note die Rede ist, so kann man nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Mittelmächte jede Besprechung hierüber ablehnen. Im Gegenteil, sie nehmen sie mit Interesse an. Die Antworten der Mittelmächte lassen den Weg für einen Meinungsaustausch zwischen den kriegführenden Mächten offen. Wenn der Zweck der päpstlichen Note, die nur einige Grundlagen zu Besprechungen vorlegen wollte, welche von den Mächten selbst genauer bestimmt und vervollständigt werden sollten, erreicht würde, so könnte dies die Notwendigkeit des Friedens in Sicht bringen.

zu sagen, bis zu welchem Punkte man geneigt sein kann, Zugeständnisse zu machen und sich zu vergleichen. Was die Gebietsfragen betrifft, von denen in den beiden letzten Paragraphen der päpstlichen Note die Rede ist, so kann man nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Mittelmächte jede Besprechung hierüber ablehnen. Im Gegenteil, sie nehmen sie mit Interesse an. Die Antworten der Mittelmächte lassen den Weg für einen Meinungsaustausch zwischen den kriegführenden Mächten offen. Wenn der Zweck der päpstlichen Note, die nur einige Grundlagen zu Besprechungen vorlegen wollte, welche von den Mächten selbst genauer bestimmt und vervollständigt werden sollten, erreicht würde, so könnte dies die Notwendigkeit des Friedens in Sicht bringen.

Das vorsichtige Spanien

Die spanische Botschaft in London veröffentlicht der „Post“ zufolge eine Erklärung bezüglich der Haltung Spaniens gegenüber der päpstlichen Friedensnote: Obwohl Spanien die edlen Beweggründe des Papstes hoch einschätze, sei es nicht imstande, zu beurteilen, ob die Kriegführenden in den päpstlichen Vorschlägen eine geeignete Grundlage für die Lösung des Konfliktes fänden. Deshalb erachte Spanien es nicht für möglich, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.

Friedensbestrebungen in Frankreich

Berlin, 25. September. Com. Echo de Paris“ ging dem Sozialistenkongress der am 6. Oktober in Bordeaux stattfindet, ein Antrag der sozialistischen Abgeordneten von 15 Departements zu, einen Beschlus herbeizuführen, der von der Regierung den Eintritt in Friedensbesprechungen nach vor Beginn des Winterfeldzuges verlangt.

Deutschland Reichstags-Aufgaben

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. Jedes seine Aufgabe, ohne Unterschied der Partei, muß sich sagen, daß es zu erfüllen eine Pflicht zu erfüllen gibt. Die Rechte der Reichstagsmitglieder müssen neu geregelt und allgemein erhalten werden. Heute gibt es Männer in Deutschland, die drängen auf völlige Erwerbslosigkeit zu Krüppeln geschlagen worden sind, die beziehen jetzt eine Rente von 67,50 Mk. monatlich und sollen davon ihre Familien ernähren. Das ist ein Zustand, der zum Himmel schreit, kein Tag darf verfließen, der ihn zu ändern.

Dies vorausgeschickt, darf wohl eine Forderung erhoben werden, die im Interesse der Presse selbst liegt. Im Hauptauschuss sind vor einigen Wochen sehr erhebliche Löhne angeschlossen worden gegen die Zensur. Gehalten hat es nicht. Der bestehende Zustand muß aber abgeändert werden, weil er ganz unsinnig ist. Hätte der Reichstag schon das Recht der Zeugenvernehmung, so würden wir ihm vorschlagen, nicht nur die Vertreter der Presse, sondern auch die Zensoren selbst als Sachverständige vorzuladen. Das Ergebnis würde das sichere Ende der Zensur bedeuten. Es würde sich mit vollkommener Klarheit herausstellen, daß die Zensur nur ein Mittel ist, Mißtrauen und Verärgerung zu schaffen, daß sie aber im übrigen ein Messer ohne Klinge ist. Die Zensur hat auf allen Gebieten Schiffbruch gelitten: der schon peinlich anmutende Mißerfolg ihres Bestrebens, den sagenhaft gewordenen „Burgfrieden“ aufrechtzuerhalten, ist nur ein Beispiel dafür.

Ein dritter Gegenstand, dem sich der Reichstag mit größter Beschleunigung zuwenden soll, sind die Arbeiterfragen. Ob der Hilfsdienstgesetz zum Zwecke einer von den Scharfmachern gewünschten Reform neuerlich vor den Reichstag gebracht werden wird, steht dahin. Die Aussichten des Erfolges dürften vielleicht doch zu gering sein. Aber es genügt nicht, reaktionären Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben. Es müssen auch die Fesseln zerbrochen werden, die das Arbeitsverhältnis engherben. Nach ihren ungeheuren Leistungen in diesem Kriege hat die Arbeiterchaft das Recht zu verlangen, daß der § 153 der Gewerbeordnung fällt, und daß die Bestimmungen fallen, die der freien Koalition der Landarbeiter im Wege stehen.

Nicht minder notwendig ist, daß den Gefahren vorbeugt wird, die der wertvollen Bevölkerung aus dem plötzlichen Stillstand der Kriegsindustrie infolge eines Friedensschlusses drohen. Es muß der Zustrom freigewordener Arbeitskräfte aus dem Felde in ein geregeltes Bett geleitet, die Wirtschaft über die bevorstehende schwere Erschütterung sorgsam hinweggeleitet werden. Dazu ist neben Wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen großen Stils die Arbeitslosenversicherung unentbehrlich.

Die sozialpolitischen Aufgaben, vor die der Reichstag gestellt ist, sind mit diesen kurzen Hinweisen selbstverständlich nicht erschöpft. Aber nur von dem Allerwichtigsten soll hier die Rede sein, das getan werden kann und getan werden muß.

Dafür, daß die Verfassungsfrage des Reichs auf der Tagesordnung bleibt, werden neben der inneren Notwendigkeit auch genug äußere Anlässe sorgen. Schon durch die Vorlage des zweiten Nachtragsrats, der für die neuen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre Gehälter fordert, wird die Frage der sogenannten „Parlamentarisierung“ aufgerollt werden. Von anderer Seite wird durch die angekündigte Vorlage über die Aufteilung der größten Reichstagswahlkreise eine zweite wichtige Frage des Verfassungslebens berührt. Der Schwerpunkt der Arbeit wird aber zunächst in den Verfassungsauschuß zu legen sein, der nächster Tage seine Tätigkeit wieder aufnimmt.

Es ist nichts weiter notwendig als auszusprechen, was ist. Die deutsche Volksvertretung steht, wenn sie will, hinter keinem Parlament der Welt an Macht zurück. Daß ein Reichskanzler gegen ihren Willen auch nur einen Tag im Amt bleiben könnte, ist doch nichts weiter mehr als eine verfassungsrechtliche Wortstellung. Das muß offen ausgesprochen werden, daß heute in keinem Lande der Welt mehr gegen die Volksvertretung regiert werden kann. Und daß Deutschland nur mit Unrecht in dem Ruhe steht, ein solch orientalisches Märchenland zu sein, in dem dies noch möglich ist.

Durch eine entsprechende Aenderung der geschriebenen Verfassung muß der Grundlag ausdrücklich festgelegt werden, der in allen Ländern längst ungeschriebenes Recht ist, daß der Kanzler nur solange amtieren darf, als er das Vertrauen des Parlaments besitzt.

Dadurch würde zugleich dem unheilvollen Wirtwarr ein Ende gemacht, an dem unser gesamtes öffentliches Leben aufs schwerste leidet.

Obwohl es nach dem Buchstaben der Verfassung der Kaiser allein ist, der Frieden schließt, hat der Reichstag tatsächlich in dieser großen Frage der auswärtigen Politik die Führung übernommen. Die Regierung hat eben erst wieder in ihrer Note an den Papst beklundet, daß sie sich im Einklang mit ihm befindet. So ist durch die Macht der Tatsachen selbst neues Recht geschaffen worden, und alles Loben reaktionärer Kreise dagegen bleibt vergeblich. Es ist Tatsache, daß die Volksvertretung heute eine moralische Autorität besitzt, die nicht umgangen werden kann. Dieser Tatsache aber einen weithin sichtbaren Ausdruck zu geben, ist die Pflicht des Reichstages. Denn nur dadurch kann die das Reich unendlich schädigende Vorstellung zerstört werden, Deutschland sei in der Welt der letzte Rest der Alleinherrschaft.

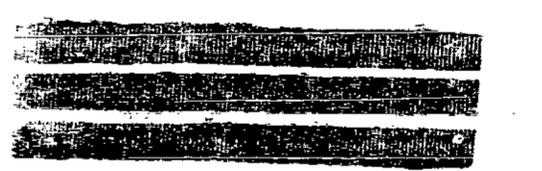
Sollte, wie wir hoffen, noch in diesem Winter Frieden geschlossen werden, so wird der Reichstag nicht aufgelöst werden können, ohne noch für den Übergang zur Friedensarbeit die ersten notwendigen Maßnahmen beschließen zu haben. Die Hauptarbeit wird er dann wohl seinem Nachfolger überlassen, der in kürzester Frist an seine Stelle treten muß.

Auf alle Fälle sind die Arbeiten, die dem Reichstag bevorstehen, so groß, daß sie ohne eine feste Mehrheit nicht gelöst werden können. Wir empfinden für das dauernde Zusammenarbeiten mit anderen Fraktionen keine Begeisterung, sehen aber in ihm eine Notwendigkeit — vorausgesetzt, daß die andern Fraktionen zu schöpferischer positiver Mitarbeit auf dem Gebiet allgemeiner politischer wie sozialpolitischer Fragen bereit sind. Nach mancherlei Schwankungen scheint die nationalliberale Partei nunmehr ihren Anschluß bei der alldeutschen-demokratischen Opposition nehmen zu wollen. Tut sie das, so folgt sie ihren eigenen Reaktionen. Die Mehrheit war von Anfang



Die Kriegsanleihe ist die Saat - der Frieden die Ernte!

Wie der Landmann das
ersparte Saatgut zur
rechten Zeit der
Erde anvertraut, so mußt Du
j e t z
jeden ersparten Groschen
Deinem Vaterlande leihen!
Darum zeichne!



Die nächsten Aufgaben der Partei

Der vierte Punkt der vorläufigen Tagesordnung des Württembergertages lautet bekanntlich: Die nächsten Aufgaben der Partei. Um eine gründliche Diskussion zu ermöglichen, ist das un-

ersehen einen Frieden der Verständigung. Die Staatsmänner lehnen es entweder ab, diesem Ziele nachzugehen, oder sie schlagen unge-

In einem Staat, wie wir ihn erkämpfen wollen, kann kein anderer als das parlamentarische Regierungssystem herrschen. Die Gewähr für persönliche Lichtheit der leitenden Staatsmänner ist die denkbar größte, wenn ihre Ernennung auf Vorschlag einer zur Mehrheit gelangten Partei oder einer Gruppe von Parteien erfolgt, die dringend daran interessiert sind, keinen Mißgriff zu begehen, und die auf Grund einer langen politischen Tätigkeit ihrer Führer ein klares Urteil über ihre Befähigung haben.

Demokratisierung

Referent Genosse Dr. Otto Landsberg

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wir sehen uns überall in der Welt von einem Ozean von Haß umrandet. Fast jeder der wenigen noch neutral gebliebenen Staaten leidet ihn mehr oder weniger staltliche Ströme zu. Wenn ein Staat nach dem anderen auf die Seite der Entente tritt, obwohl die Art, wie ihr Haupt, England, den Geetrieg führt, mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden für alle Neutralen verbunden ist, so kann diese Erscheinung nicht mit der „Allgewalt der englischen Bile“ erklärt werden.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wie sollen wir die ungeheuren Verluste an geistiger Kraft, die der Krieg verursacht hat, ersetzen können, wenn die Belegung der Führerposten der Nation auch fernerhin einer kleinen Volkschicht überlassen bleibt, die sich mit Notwendigkeit als eine dafür nicht ausreichende Basis erweisen muß, und wenn auch in Zukunft wertvolle Kräfte, die man in der Stunde der Not zu wecken und zu nutzen verstanden hat, abgestoßen und zur Vertümmelung verurteilt werden!

Was braucht das deutsche Volk an Reformen?

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die volle Demokratie die Befreiung der Klassengegenätze zur Voraussetzung hat. Immerhin ist auch im Rahmen dieser Gegenätze ein beträchtliches Maß von Volksgeltung zu erreichen. Die arbeitende Klasse eines Staates, der in seinen Angehörigen Bürger und nicht Untertanen sieht, der ihrem friedlichen, gewaltlosen Mittel absehenden Streben nach Heberwindung des Prinzips des wirtschaftlichen Individualismus durch das Sozialismus keine Hindernisse bereitet wird, sich als Teil ihres Staates betrachten und ihr Alles daran setzen, ihn zu erhalten und zu fördern.

In einem Staate, der nichts anderes ist, als das durch die Verfassung organisierte Volk, ist kein Raum für ein persönliches Regiment. Die Politiker der Rechten heronen immer wieder die Notwendigkeit einer starken Monarchie und bezeichnen Bestrebungen, die auf eine Erweiterung der Volksrechte abzielen, als unvereinbar mit einer starken Königsgewalt. Eigentümlicherweise zeigt die Geschichte, daß noch jeder preussische Monarch, der eine wirklich kraftvolle Persönlichkeit gewesen ist, schwere Kämpfe mit diesen Vorkämpfern der Monarchie zu führen hatte, deren Verehrung monarchischer Herrschaftsgewalt danach rein platonisch zu sein scheint. Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat. Wirklich stark ist nur der Monarch, der an der Spitze eines freien, mit dem Stoa zu einer Einheit verbundenen Volkes steht. Stark ist der Monarch, der die Ministerverantwortlichkeit nicht als Feigenblatt für sich in Anspruch nimmt, sondern sich gegenwärtig hält, daß sie ihm die größte persönliche Zurückhaltung zur Pflicht macht. Weichen anderen Inhalt hat die Einrichtung der Ministerverantwortlichkeit, als dem, daß die politischen Entscheidungen von den leitenden Staatsmännern, nicht vom Monarchen selbst zu treffen sind! Die Ministerverantwortlichkeit ist eine Unwahrheit, wenn sie zur Verschleiierung anders gearteter tatsächlicher Verhältnisse dient. Wirklich stark ist der Monarch, der nicht in den Tagesstümpfen Partei ergreift. Und am stärksten ist der Monarch, der, wenn der von ihm geleitete Staat eine republikanische Verfassung hätte, die Zustimmung haben würde, mit erdrückender Mehrheit zu seinem Präsidenten gewählt zu werden.

Parlamentarisches Regierungssystem

In einer Verfassung, wie wir sie erstreben, muß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überlassen sein. Kann die Berechtigung dieser Forderung deutscher bewiesen werden, als durch die Erfahrungen dieses Krieges? Die Völker brauchen und

In unserer Zeit der Erschöpfung ist man in Deutschland auf den Gedanken verfallen, auch einen Ersatz für das parlamentarische Regierungssystem herzustellen. Er besteht darin, daß man einige Parlamentarier an die Spitze höchster Reichs- und Staatsämter gestellt hat; so hofft man, sich die Unterstützung derjenigen Fraktionen zu sichern, aus denen diese Männer hervorgegangen sind. Auf diesem Wege kann die Volkskraft nicht in die Zentralstellen übertragen werden. Männer, die durch die Ernennung zu Ministern aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden und alte Herren ihrer Fraktionen werden, verlieren die Fühlung mit ihnen. Der Wert des parlamentarischen Regierungssystems liegt gerade in der Personation, darin, daß die Leiter der Parlamentsmehrheit es sind, die die Staatsgeschäfte führen. Die Zeit ist nicht fern, in der man die Kunde von der Art, wie bisher in Deutschland und Preußen Staatsmänner entstanden sind, für ein Märchen halten wird.

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß durch Verfassungsbestimmungen ein persönliches Regiment so wenig ausgeschaltet wie das parlamentarische Regierungssystem eingeführt werden kann, und daß die Umwandlung des Reichs- und Obrigkeitstaates in den Staat, der nichts anderes ist als die Gesamtheit seiner Bürger, diese Umwandlung, die zur Voraussetzung wie zur Folge die Beseitigung des persönlichen Regiments und die Schaffung des parlamentarischen Regierungssystems hat, nicht das Ergebnis der Erweiterung der Reichsverfassung um einige Paragraphen sein wird. Bezügen wir diese Klarheit nicht ein Blick auf den Artikel 4 der preussischen Verfassung würde sie uns beibringen. Wie schwer ist es, den Ernst zu bewahren, wenn wir keinen prächtvollen Wortlaut lesen: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Ständesondere Rechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Nein, das Ziel unseres Strebens kann nicht sein, Bestimmungen in die Reichsverfassung aufzunehmen, deren Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen dem Spott neue Gelegenheiten zur Betätigung gibt. Und ebensovienig können uns Verprechungen genügen, die zwar deutlich erkennen lassen, daß diejenigen, die sie geben, sich in der Stunde der Not klar gemorden sind über die hegeisternde Wirkung, die dem Gedanken der Demokratie eigene ist, aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit keine unbedingte Gewähr dafür bieten, daß diese Erkenntnis länger als die Not, die sie erzeugt hat, andauern wird. Die Erfüllung unserer Sehnsucht hängt davon ab, daß der Wille des Volkes sich in Reich und Staat und Gemeinde rein und unverfälscht zum Ausdruck bringen kann. Ein von allen Einschränkungen

freies gleiches Wahlrecht zu allen Körperschaften

würde das Streben, das das Volk bewegt und ihm die Zukunft so schon erscheinen läßt, daß es die bittere Gegenwart zu ertragen vermag, über alle Widerstände hinweg zum Siege gelangen lassen. Freies, gleiches Wahlrecht würde Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften schaffen, die alles das hätten, was sie haben wollen, die mit allen Privilegien aufträmen, die die Machtmittel des Staates in den Dienst des Volkes stellen, die die Einheit zwischen Staat und Volk herstellen könnten und würden.

Wir fordern für alle Wahlen Herabsetzung der bisherigen Altersgrenze, weil mir überzeugt sind, daß die Erfüllung des Volkes mit politischer Bildung durch die Verknüpfung des Wahlrechts mit dem Beginn der Zeit der Reife gefördert wird.

Wir fordern das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen, weil der Gedanke des Frauenwahlrechts sich in der Kultur Geltung verschafft hat, und weil wir nicht wollen, daß Deutschland hinter England und Rußland zurückbleibt. Die Frau hat das gleiche Interesse an Krieg und Frieden, an freizeitlichen Einrichtungen, an Steuerfragen wie der Mann. Die Frage, daß sie ins Haus gehört, kann nach den Erfahrungen dieses Krieges nur noch aus dem Munde eines Denkfähigen kommen. Niemand, der dem Verdacht völliger Urteilslosigkeit entgehen will, wird es wagen, sich zu der Ansicht zu bekennen, daß die Frau gegenüber dem Manne geistig minderwertig ist. Keiner der Gründe, die gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt werden, ist stichhaltig.

Wir fordern die Einführung des Verhältniswahlrechts, weil die Parlamente ein Spiegelbild des Volkskörpers sein sollen, weil wir nicht wollen, daß irgendeine im Volke vorhandene beachtliche politische Strömung von der Vertretung in den gesetzgebenden Körpern ausgeschlossen ist.

Und wenn wir nicht alle diese Forderungen schon jetzt durchsetzen können, so haben wir jedenfalls davon niemals einen Schritt

aufkommen lassen, daß eine Wahlreform, die uns nicht eine auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende Neueinteilung der Wahlkreise im Reich und des Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten bringt, von uns nicht einmal als eine Abfälligkeit, sondern als eine Verhöhnung des Volkes betrachtet werden würde, dem man volle politische Gleichberechtigung versprochen hat. Ein Pluralwahlrecht, das nach dem Erlaß des Deutschen Reichs- und Königs von Preußen vom 11. Juli d. J. abgetan ist, würde das Mißverhältnis zwischen Leistungen und Rechten des Volkes auf das stärkste in die Erscheinung treten lassen und könnte niemanden befriedigen. Und das gleiche gilt von einem verfehlten Pluralwahlrecht, wie es in der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise enthalten ist. Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß auch die Bevorzugung der überwiegend landwirtschaftlichen östlichen Wahlkreise mit geringer Einwohnerzahl gegenüber den großstädtischen Rheinwahlkreisen aufgehoben werden.

Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß durch die Reichsgesetzgebung, wenn kein weitergehendes; so zum mindesten das jetzt im Reich geltende Wahlrecht für die Wähler zu den einzelstaatlichen Wahlen eingeführt werden. Die formelle Befähigung der Reichsgesetzgebung zu dieser Reform wird von keinem Sachkenner in Zweifel gezogen. Die materielle ergibt sich daraus, daß die volle politische Gleichberechtigung aller Schichten des deutschen Volkes eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist, und daß es darauf ankommt, diese Notwendigkeit auf der Linie des geringsten Widerstandes zu verwirklichen. In der Vergangenheit haben sich die aus rücksichtslosen Wahlsystemen hervorgegangenen Mehrheiten des preussischen und sächsischen Landtages sowie anderer bundesstaatlicher Parlamente zur Lösung der Wahlrechtsfrage unfähig gezeigt. Man erspare sich und ihnen die Probe darauf, ob der Weltkrieg ihnen die Augen geöffnet hat.

Wir Sozialdemokraten haben verlangt, daß der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags sich zunächst der Lösung der Wahlrechtsfrage in Reich und Einzelstaaten als der wichtigsten politischen Frage zuwenden. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte dies ab. Sie hielt es für angebracht, in erster Reihe die Reichsverfassung in anderen Beziehungen zu modernisieren. Mit allen gegen die konserverativen Stimmen sah die Mehrheit jedoch eine Anzahl von Beschlüssen, deren wichtigste die Verantwortlichkeit der Staatssekretäre, das Erfordernis der Mitwirkung des Kriegsministers bei der Ernennung der Offiziere und Militärbeamten des preussischen Kontingents und den Ausbau des Immunitätsrechts der Reichstagsabgeordneten betreffen. Dies sind gewiß keine Dinge von erschütternder Bedeutung. Um so bezeichnender war der Sturmlauf, den die Konserverativen im Verein mit dem Vertreter des Reichskanzlers, dem Ministerialdirektor Dr. Bismarck, gegen die Bestrebungen der Mehrheit des Ausschusses unternahmten. Die ganzen Debatten hatten, so wenig ihr Gegenstand es rechtfertigte, daß die Tätigkeit des Ausschusses mit ihnen begann, das eine Gut, daß sie jedem ehrlichen Reformen in bürgerlichen Kreisen die Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Konserverativen klar machten. Wie sehr überhöht man die umgehend, wenn man ihnen staatsmännische Befähigung zutraut! Was ihnen eigen ist, ist lediglich der Wille, von ihren Vorrechten keines fahren zu lassen.

Zu dem Verlangen, daß der Wunsch des Reichstags dem Reichskanzler den Rücktritt von seinem Amte zur Pflicht machen müsse, konnte sich die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht anschließen. Wenige Wochen danach erlangten die Nationalliberalen im Hauptausschuß des Reichstags den Rücktritt des Reichskanzlers und hat das Zentrum zum Ausschicken des Herrn von Bethmann Hollweg aus seiner Stellung beigetragen indem es ihn wissen ließ, daß er das Vertrauen der Zentrumsfraktion nicht mehr habe.

Bei der Verhandlung über die Wahlrechtsvorlage im Verfassungsausschuß zeigte sich eine bedenkliche Rückständigkeit der bürgerlichen Parteien. Vom Frauenwahlrecht wollten sie so wenig wissen wie von der Herabsetzung des Wahlrechtsalters und von der Verhältniswahl. Nur die großstädtischen Rheinwahlkreise sollten nach dem Willen des Ausschusses, der sich mit dem der Regierung infomell deckte, eine Reihe neuer Mandate erhalten, was zu einer Vermehrung der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten führen würde. Damit sie in diesen nicht gar zu groß wird, soll in diesen Kreisen das Verhältniswahlrecht eingeführt werden, das eine Berücksichtigung der bürgerlichen Minderheiten gestattet.

Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses war bisher nicht geeignet, die Bekenner demokratischer Anschauungen zu befriedigen. Aber die Louheit der bürgerlichen Parteien des Ausschusses ist nicht imstande gewesen, Schaden anzurichten. Dazu ist im Lande die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer völligen Umkehr unseres Regierungssystems so sehr befestigt und verbreitet. Früher stand die Sozialdemokratie allein, wenn sie sagte: „Der Imperialismus hat uns in den Krieg hineingebeht, die Demokratie muß uns von ihm befreien. Sie verlangt, daß man sie nicht erst zum Löwen heranzüchtet, wenn das Haus in Flammen steht, ihrem Schutz muß sich vielmehr das deutsche Volk in Zukunft anvertrauen, wenn es sein staatliches Leben unter dem Segen des Friedens so führen will, daß es ihm möglich ist, alle seine Kräfte zu entfalten.“ Jetzt ist diese Anschauung Gemeingut der breiten Massen des Volkes geworden. Sie hat sich selbst auf Parteien übertragen, die früher von einer Vermehrung der Volksgeltung nichts wissen wollten. Unter dem Druck, der aus der durch das Volk gehenden Bewegung stammt, mußte die Regierung nachgeben. Der Erlaß des Königs von Preußen vom 11. Juli 1917, der das preussische Ministerium anweist, dem Preussischen Abgeordnetenhaus eine auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen abzielende Gesetzesvorlage so zeitig zu unterbreiten, daß die nächsten Wahlen unter der Herrschaft des neuen Wahlgesezes stattfinden können, das heißt im kommenden Herbst, beweist es. Die Verheißung des gleichen Wahlrechts war schon im ersten Entwurf der Oberbottigkeit enthalten gewesen, aber wieder gestrichen worden. Wenige Monate später mußte sie verkindet werden. Und nun steht der Anfang der Demokratisierung Deutschlands bevor. Die Tage des bisherigen preussischen Wahlrechts sind gezählt. Und Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen usw. werden an ihren rücksichtslosen Wahlrechten nicht festhalten können, wenn für die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht eingeführt ist.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen wird die Bahn für die Demokratie in Deutschland frei machen. Es wird die politische Erziehung der zu politischem Einfluß gelangten Wähler mächtig fördern, es wird zur Befähigung der ersten Kamern führen, deren Dasein mit der Benutzung im Widerspruch steht. Es wird der systematischen Durchkreuzung der Reichspolitik ein Ende machen, die vom reaktionären preussischen Abgeordnetenhaus ausgegangen ist. Es wird die Durchführung der uneingeschränkten Selbstverwaltung in Stadt und Land ermöglichen, ohne die wahre Demokratie nicht denkbar ist. Es wird die Regierung im Reich und in Preußen aus einem Hindernis zu einem Volkstrecker des Volkswillens machen. Es wird diejenigen Arbeitergruppen, denen die Ausübung des elementarsten Menschenrechts, des Rechts der Vereinigung zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, bisher verweigert war, von den sie drückenden Fesseln befreien helfen. Es wird eine auswärtige Politik ermöglichen, deren oberster Grundfah die Herstellung und Befestigung brüderlicher Beziehungen unter den Völkern ist.

Der Gedanke der Demokratie ist auf dem Marsche. Sein Sieg kann nur durch die Knechtschaft des arbeitenden Volkes in Frage gestellt werden. Wer die Kraft des Proletariats durch Spaltungsbestrebungen schwächt, arbeitet der Reaktion in die Hände. Die Blutopfer des Krieges haben die Notwendigkeit der Demokratie zu deutlich bewiesen, als das ein Zweifel an dem Willen des Volkes, sie durch Zusammenfassung seiner Kraft durchzuführen, aufkommen könnte. (R. 333)

Danziger Nachrichten

Was kauft du für den Frieden?

Ein Hoffen und Sehnen erfüllt die Lippen Europas. Wie lange soll das grauenvolle Treiben, das Massenmorden, das Zerbrechen noch fortdauern? Wann endlich kommt der Friede wieder? Das sind die Fragen, die aller Herzen erwäken, auf aller Lippen schweben, in aller Augen zu lesen sind.

Aber ist man sich darüber, daß die Kriegsgelber aller Staaten sich gegenseitig in die Hände arbeiten zur Verlängerung des Völkergemeins. Aber ist man sich auch klar darüber, daß Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen ein eigenes Verschulden trifft?

Unterstützen sie nicht die Macht und den Einfluß der Gegner dadurch, daß sie ihre Presse lesen und bezahlen? Können ihr das vor euch selbst verantworten?

Sehr oft hört man in der Arbeiterklasse Äußerungen berechtigten Spotts über das Phrasengeflüster der Zeitungen. Schwächt die Macht der Kriegsgelber, werdet Abonnenten einer Zeitung, die entschlossen und beharrlich für den Frieden arbeitet. Eine solche Zeitung ist die

Volkswacht

Unsern Kinder.

Eine dieser Tage durch die Zeitungen gegangene Notiz erinnerte daran, wie heute infolge der langen Dauer des Krieges unseren kleineren Kindern vieles, was nodern reichlich zur Verfügung stand, wenn viele auch von diesen Waren nur einen sehr beschränkten Gebrauch machen konnten, zum völlig fremden Begriff geworden ist. Da waren genannt: Nudeln, Brezeln, Bonbons, Osterreich, Gummibälle, Goldmünzen. Alle diese Sachen hätten unsere jüngsten Jahrgänge nicht zu Gesicht bekommen. Etwas Selbstverständliches sei es ihnen dagegen, daß die Lebensmittelmengen auf Karten zugewiesen werden.

Die Notiz hat sehr vieles Wesentliches vergesen. Sie konnte anführen, wie manche Kinder es infolge des Krieges gibt, die ihren Vater nicht kennen, auch wenn er noch lebt, wie unendlich vielen der Vater durch ihn für immer genommen wurde. Sie konnte sprechen von den Eindrücken fürs ganze Leben, die sich aus der Not der Nahrungsmittelknappheit ergeben. Die Kriegskinder werden nie vergessen, welche öde Jugendjahre sie verlebten. Wie viele haben die Freude nicht kennen gelernt, die der Mensch zum Gedeihen so notwendig hat wie Licht, Luft und Sonne. Sie werden in späteren Jahren davon erzählen, wie die Mutter in die Febril gehen mußte, um das zum Leben Notwendigste zu verdienen, wie sie sich ihrer kaum annehmen konnte und wie sie nach Feierabend so gar nicht dazu aufgelegt war und nicht Zeit dazu fand, mit den Kindern zu spielen und zu scherzen. Sie werden ferner nicht vergessen, wie die Mutter, die nicht vor den Nahrungsmittelknappheiten stehen konnte, oft nicht aus und ein mußte, wo andere von Entbehrungen gar nichts bemerken, daß sie manchmal fast verzweifelte, wenn die Preise immer mehr in die Höhe kletterten, nur weil die Profithucht immer trockere Formen annahm. Sie werden daran denken, wie ihre Mutter sich abspageln mußte, damit ein notdürftiges Durchlammern war, daß andere wie im Frieden spazieren gingen und sich zu späten Stunden, wo die Mutter das Hausweien besorgte, in glänzend erkochten Kaffees bei einheimischer Musik ein Stelldichein gaben und dort ihr mühselig verdientes Geld verzehrten. Sie werden sich erinnern, daß die Mutter klagte, sie könne die nötige Milch für die Kinder kaum bekommen, weil es lohnender war, sie zu verbuttern und die Butter auf dem Wege des Schleicherhandels abzusetzen. Es wird in ihrem Gedächtnis haften bleiben, daß es keine richtige Seife mehr gab, daß es an Kerzen, an Petroleum usw. fehlte, daß das Gas knapp wurde, nachdem vorher dessen umfangreiche Benützung empfohlen worden war. Weiter werden sie erzählen, daß zeitweise selbst die Kartoffeln fehlten, an manchen Stellen aber waggonweise

...waren vorhanden, die städtische Bevölkerung mit den ... September den Kaufpreis auf 9 Pfennig für das Pfund ...

Genug davon! Die schlimmen Eindrücke, weit überwiegend, werden sich am meisten in ihrem Gedächtnis festsetzen. Eines aber ist zu hoffen: daß die Kinder von heute einst als Erwachsene nicht bloß erzählen, sondern die Erinnerungen aus der Kriegszeit nützen, daß sie handeln werden.

Karl Weimann gefallen

Nun ist auch dieser prächtige junge Mann ein Opfer dieses unglückseligen Krieges geworden. Er fiel, erst 19 Jahre alt, in der letzten Flandernschlacht am 20. September. Ein Granatsplitter hat seinem jungen erfolgversprechenden Leben ein jähes Ende bereitet. Alle die Karl Weimann näher kannten, sind aufs schmerzlichste berührt über den herben Verlust dieses unvergleichlichen Menschen. Wie oft ging er, der Stolz der Danziger Arbeiterjugend, an ihrer Spitze mit seiner Gitarre durch die Wälder, frohe Wanderlieder singend. Karl Weimann wird nicht vergessen werden. Die Lauterkeit seines edlen Charakters, sein vernünftiges Benehmen und seine nie versagende Hilfsbereitschaft haben ihm ein ewiges Denkmal gesetzt in den Herzen der Danziger Arbeiterjugend und ihrer Freunde. Ehre seinem Andenken!

Scheidemann in Riga

Die „Danziger Neueste Nachrichten“ drucken ohne Kommentar diese fette Ente der „Täglichen Rundschau“ mit:

„Scheidemann war vor kurzem, vermutlich mit anderen Vertretern des Reichstages, in Riga und war sehr erstaunt, von den Riganern hören zu müssen, daß sie alle Reichsdeutsche werden wollen. Scheidemann hat über diese Tatsache immer wieder sein Erstaunen geäußert, wie wenn sie etwas Neues gewesen und unbegreiflich sei, und hat dann immer geantwortet: „Ja, dann steigt die Sache ja ganz anders.“

Daß aber Scheidemann aus dieser für ihn so erstaunlichen Tatsache politische Folgerungen für seine Kriegsziele ziehen werde, bleibe nach wie vor ausgeschlossen.“

Der „Bormärts“ schreibt dazu:

Wir können noch folgendes hinzufügen: Die betreffenden Riganer sind samt und sonders leibliche Bettern des berühmten bolschewistischen-alleinischen, für „unseren Kerenki“ schwärmenden Petrograder Rechtsanwalts, von dem uns der „Berl. Vol.-Anz.“ jüngst so fabelhafte Dinge erzählt hat. Ernährt haben sich die genannten Riganer bisher von den Hühnern, die Bismarck nach den Berichten der alldeutschen Presse im Jahre 1872 mit dem Automobil überfahren hat, jetzt leben sie aber von den Enten der „Täglichen Rundschau“.

Ob die „Danziger Neueste Nachrichten“ ihren Lesern die Antwort des „Bormärts“ mitteilen werden? Zur Zeit, wo wir dieses schreiben, ist das noch nicht geschehen. Ob es geschehen wird? Wir zweifeln daran.

Knappheit und Teuerung der Lebensmittel.

Daß Graf Schwerins Ausspruch: „Die Landwirtschaft sei zu Opfern für das Vaterland bereit“ noch nicht in alle Bestehungen gebrungen ist, beweist schon die Knappheit des Kohls. Als eine unerantwortliche Preissteigerung seinen Kaufpreis auf 30 Pfennig festgelegt hatte, war Verständnis bei den Be-

...waren vorhanden, die städtische Bevölkerung mit den ... September den Kaufpreis auf 9 Pfennig für das Pfund ...

Einige Erzeuger brachten Kohl auf den Markt, doch die Nachfrage war zu befriedigen. Für Brücken ist noch kein Höchstpreis festgesetzt, daher schwankte der Preis zwischen 1 und 25 Pfennig.

Bilze wurden in großer Menge angeboten. Es kommen auch solche auf den Markt, die früher nicht Beachtung fanden. Verschiedentlich wurden sehr hohe Preise verlangt, die durch das Fehlen von Höchstpreisen ermöglicht wurden.

Standalöse Zustände herrschen auf dem Obstmarkt. Unangehlich ausländische Äpfel und Birnen wurden bis 75 Pfennig genommen, trotzdem die rote Edelobst nicht angebracht war. Auch hier ist leider von einem Eingreifen der Behörden nichts zu merken. Untersteht ausländische Ware auch nicht den Höchstpreisgesetzen, so sollte doch solch minderwertiges Obst nicht teurer sein, als Edelobst.

Der Geflügelmarkt ist teilweise gut besetzt, ebenfalls der der Kaminchen. Preise: hoch.

Außer einigen kleineren Mengen Kalen und Butterfischen gab es frische Heringe, die bei größeren Fängen auch in bestimmten Geschäften der Stadt zu haben waren.

Erhöhung der Milch- und Butterpreise

Schon in der letzten Nummer der „Volkswacht“ wiesen wir auf die beabsichtigte Erhöhung der Milch- und Butterpreise hin und berichteten über das Ergebnis einer Unterredung, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen bei dem Leiter der Provinzialfettstelle nachgefucht hatte. Diese Unterredung hatte zur Folge, daß auf Antrag der Provinzialfettstelle die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Danzig zur gutachtlichen Äußerung über Milch- und Butterpreise einberufen wurde. Sie tagte im Sitzungssaal der Regierung am Montag den 24. September. Der Leiter der Provinzialfettstelle, Verwaltungsgerechtsdirektor Dr. Ziehler, gab das Ergebnis der Vorbereitungen zwischen ihm, einigen Landwirten und Sachverständigen bekannt. — Die für die Erhöhung von ihm angeführten Gründe haben wir in der letzten Nummer der „Volkswacht“ veröffentlicht. — Danach soll der Erzeugerpreis für Milch von 22 auf 27 Pf. erhöht und der für Butter auf 3 Mk. festgesetzt werden. Diese beabsichtigte Erhöhung hat die Stadt Erlangen in einem Schreiben an den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Danzig in persönlicher Aussprache entschieden bekämpft. Die Preisprüfungsstelle sollte sich nur gutachtlich äußern. Die letzte Entscheidung trifft der Oberpräsident.

In der Debatte wurden die beantragten hohen Preise von fast allen Rednern abgelehnt. Genosse Gehl führte aus: Durch die Preissteigerung der Milch wird das unentbehrlichste Nahrungsmittel den Kindern der Minderbemittelten entzogen. Dadurch wird die Kindersterblichkeit noch größer werden. Die Sterblichkeit der Säuglinge ist jetzt zehnmal größer als die der Gesamtbevölkerung und hat in Westpreußen die höchste Zahl:

Die Frauen

Wir wagen an der Zukunft Tempelpforte Die neuen Tüchlein und die neuen Worte. Wer lacht nicht heute den als Kerker aus. Der noch drauf schwört: Die Frau gehört ins Haus Nach ihrem Reizen, ihren schwachen Kräften! Und dabei wirkt sie in des Manns Geschäften. Und alles geht so leicht ihr von der Hand. Als hätte sie es anders nie gelernt. Und Ehegatten, Ledige und Bräute Ersehen Männer, allgelehrte Leute. Der Schwand ist weg, das Haar ist aufgesteckt. Der Kopf die breite Männermütze bedeckt. Und brauchen gehen in Männerred und Hosen Dieselben Frauen, die sonst nur die Arden Das Leben hielten. Heute hat sie mehr. Sie sind des Vaterlandes zweites Heer. Am Hüftgürtel selber rufen sie wie Männer. Sie schaffen's, wie der Mann im Tranzportkeller. Hat es vor diesem Grundsturm! Ohne ihn Säg Besatzung vor dem Feinde auf den Feind. Ob die da hundertlos gingen auf die Gasse, Auf ihre Braut die Kreuze erler Klöße!

Hedolf G. (Aus dem „Stodderbuch“.)

„Es ist ganz gewiß“

Die Geschichte aus dem Hühnerreich, nützlich zu lesen für männliche und weibliche Leser. Das ist eine entzückliche Geschichte! Das ist eine entzückliche Geschichte im Hühnerreich! Ich kann heute nicht allein erzählen: Es ist gut, das mirer viele auf der Steige zusammenzuführen! — Und man erzählt sie, so daß die Federn der andern Hühner sich haben und der hohen den Raum fallen ließ. Es ist ganz gewiß. Aber wir wollen mit dem Anfang beginnen, und der ist in einem Hühnerhaus auf der andern Seite der Stadt zu

suchen. Die Sonne ging unter, und die Hühner flogen auf ihre Steige; eine Henne war da, weißgefiedert und mit kurzen Beinen. Sie legte ihre reglementierten Eier und war als Henne in jeder Art und Weise ganz respektabel; indem sie auf die Steige flog, zapfte sie sich mit dem Schnabel, und eine kleine Feder fiel ihr aus.

„Da geht sie hin!“ sagte sie. „je mehr ich mich rupfe, um so schöner werde ich!“ Und sie sagte es heiter, denn sie war ein Spahpögel unter den Hühnern; übrigens, wie gesagt, sehr respektabel, und darauf schloß sie ein.

Dunkel war es rings umher. Henne saß bei Henne, aber die, welche der heiteren am nächsten saß, schlief nicht; sie hörte und hörte auch nicht, wie man es ja in der Welt tun soll, um in guter Ruhe zu leben; aber ihrer andern Nachbarin mußte sie es doch sagen: „Hörst du, was hier gesagt wurde? Ich nenne keinen Namen, aber hier ist eine Henne, die sich rupfen will, um gut auszusehen! Wäre ich ein Hahn, ich würde sie verachten!“

Und gerade oben über den Hühnern saß die Gule mit dem Eulenwater und den Eulenkindern; diese Familie hat scharfe Ohren, sie alle hörten jedes Wort, und die Gulemutter schlug mit den Flügel und sprach: „Hört nur nicht darauf! Aber ihr hört wohl schon, was dort gekaut wurde? Ich hörte es mit meinen eignen Ohren, und man muß viel hören, ehe sie einem abfallen! Da ist eine unter den Hühnern, welche in solchem Grade vergessen hat, was sich für eine Henne schickt, daß sie sich alle Federn ausrupft und es den Hahn sehen läßt!“

„Achtet auf die Kinder!“ sagte der Eulenwater, „das ist nichts für die Kinder!“

„Ich will es doch der Nachbarin erzählen; das ist eine sehr schöne Gule im Umgang!“ Und darauf flog sie fort.

„Ja, hu! uhu!“ hüteten sie beide in den Taubenstich des Nachbarn zu den Tauben hinein. „Habt ihr's gehört? Uhu!“ Eine Henne ist da, welche sich des Hahns wegen alle Federn ausgerupft hat; sie wird erziehen, wenn sie noch nicht erziehen ist. Uhu!“

„Wo? Wo?“ ginsten die Tauben.

„Am Hofe des Nachbarn! Ich habe es so gut wie selbst gesehen! Es ist beinahe unpassend, die Geschichte zu erzählen; aber es ist ganz gewiß!“

„Glaubt, glaubt jedes einzelne Wort!“ sagten die Tauben und girten in ihren Hühnerhof hinunter: „Eine Henne ist da, ja, eintige sagen, daß ihrer zwei da sind, die sich alle Federn ausgerupft haben, um nicht so wie die andern auszusehen, und um die Aufmerksamkeit des Hahns zu erregen. Das ist ein gewagtes Spiel, man kann sich leicht erkälten und am Fieber sterben, und sie sind auch schon beide gestorben!“

„Wacht auf! Wacht auf!“ krächte der Hahn und flog auf die Pflanz; der Schlaf saß ihm noch in den Augen, aber er krächte dennoch: „Drei Hennen sind an unglücklicher Liebe zu einem Hahn gestorben! Sie haben sich alle Federn ausgerupft! Das ist eine häßliche Geschichte! Ich will sie nicht für mich behalten, sie mag weiter gehen!“

„Laßt sie weiter gehen!“ piffen die Fledermäuse, und die Hühner gluckten und die Hähne krächten: „Laßt sie weiter gehen! Laßt sie weiter gehen!“ und so ging die Geschichte vom Hühnerhaus zu Hühnerhaus und kam zuletzt an die Stelle zurück, von welcher sie eigentlich ausgegangen war.

„Hühner“, hieß es, „haben sich alle Federn ausgerupft, um zu zeigen, welche von ihnen aus Liebesgram für den Hahn am magersten geworden sei — und dann haktet sie sich gegenseitig blutig und stürzten tot nieder, zum Spott und zur Schande ihrer Familie und zum großen Verlust ihres Besitzers!“

Und die Henne, welche die lose, kleine Feder verloren hatte, kannte natürlich ihre eigene Geschichte nicht wieder und da sie eine respektable Henne war, so sagte sie: „Ich verachte jene Hühner, aber es gibt mehrere der Art! So etwas soll man nicht verschweigen, und ich werde das Meinige dazu tun, daß die Geschichte in die Zeitung kommt, dann verbreitet sie sich über das ganze Land, und das haben die Hühner verdient, und ihre Familien auch!“

Es kam in die Zeitung, es wurde gedruckt, und es ist ganz gewiß: eine kleine Feder kann leicht zu fünf Hühnern werden! — h. Chr. Andersen.

erleicht. Alle Opfertage zum Schutz der Säuglinge müssen nicht, wenn die Milch verteuert und dadurch den Kindern entzogen wird. Eine Notwendigkeit der Steigerung der Milchpreise liegt nicht vor. In der Schweiz beträgt die Erhöhung der Milchpreise von 1914 bis Januar 1917 ein bis zwei Rappen. Die Gefahr der Milchwirtschaft bestand früher und ist jetzt auch wegen sind. Die Schweiz leidet unter den Kriegsverhältnissen genau so stark wie jedes andere Land. Nun soll der Erzeugerpreis für Milch abermals um 5 Pf. erhöht werden. Die dafür angeführten Gründe sind nicht stichhaltig. Futtermittel sind jetzt der letzten Milchpreiserhöhung im Preise nicht gestiegen. Die Landarbeiterlöhne sind auch nicht höher geworden. Und die Gefahr der Milchwirtschaft bestand früher und ist jetzt auch nicht größer geworden. Nach alledem kann von einer berechtigten Erhöhung der Milchpreise keine Rede sein. Das trifft umso mehr zu, als anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedeutend teurer geworden sind. Diese Preiserhöhungen kommen aber zum großen Teil den Landwirten selber zugute. Und darum sollten sie auf die Preiserhöhung für Säuglingsnahrung verzichten.

Nach den Milchpreisen müssen sich alle anderen Nahrungserzeugnisse richten. Nach einer Verordnung der Reichsstelle ist das Preisverhältnis zwischen Milch und Butter so festzusetzen, daß der Butterpreis für ein Pfund nicht mehr als das Achtfache des Preises für einen Liter Vollmilch ausmacht. Nach dieser Verordnung kommt eine Erhöhung des Butterpreises nicht in Betracht. Würde sie dennoch erfolgen, so würde der Bevölkerung großes Unrecht geschehen. Die Verteuerung ist allgemein und sehr groß. Zu den hohen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse kommen die hohen Preise für Wäsche, Kleidungsstücke, Schuhzeug und andre Bedarfsartikel. Die minderbemittelte Bevölkerung leidet darunter furchtbar und kann eine weitere Steigerung der Preise nicht mehr vertragen. Darum müßten alle Anträge auf Verteuerung von Milch und Butter zurückgewiesen werden.

An der Debatte beteiligten sich weiter die Herren Ritsch, Elbing, Bürgermeister Born, Marienburg, Dr. Grünspan, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Dr. Steimig und Wollereinhaber Schröder, Elbing. Mit Ausnahme von Herrn Steimig bekämpften alle übrigen Redner die von Dr. Zehm vorgeschlagene Erhöhung. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der beantragten Erhöhung mit allen gegen eine Stimme, dafür stimmte nur der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer. Der Antrag des Genossen Gehl, es bei den alten Preisen zu belassen, erhielt drei Stimmen und der Antrag der Herren Dr. Grünspan und Schröder den Erzeugerpreis auf 24 Pf. für die Kleineren und 28 Pf. für die größeren Orte festzusetzen, wurde mit 13 Stimmen angenommen. Die beantragte Abstimmung über das Preisverhältnis zwischen Milch und Butter wurde nicht angenommen.

Wir bedauern diese Erhöhung sehr im Interesse unserer Säuglinge und halten sie nach wie vor für ungerecht. Immerhin hat das Eingreifen der Vertreter des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen die Ablehnung des Antrags der Provinzialstelle zur Folge gehabt, wonach der Milchpreis im Kleinhandel 40 Pf. für ein Liter betragen hätte. Nach dem Beschluß der Preisprüfungsstelle würde für Danzig eine Erhöhung um 4 Pf., also auf 34 Pf. in Frage kommen.

Die letzte Entscheidung liegt beim Oberpräsidenten. Vor ihr hängt Leben und Wohlergehen vieler Tausender armer Säuglinge ab. Das weiß der Oberpräsident auch und deshalb ist die Ablehnung des Antrages der Provinzialstelle zu erwarten.

Der Höchstpreis für Kartoffeln
Auf dem Gebiete der Höchstpreise für Kartoffeln herrscht Unklarheit und das ist schädlich. Im Zweifelsfalle wird nicht der niedrigere, sondern der höhere Preis genommen. So wurde jetzt auf dem Lande vom Erzeuger bei Abholung aus dem Hause 8 Mark für den Zentner gefordert und auch in

Theater und Veranstaltungen
Im Stadttheater ging am Sonnabend Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ als erste Klassikervorstellung dieser Spielzeit in Szene. In diesem Drama wird wohl zum ersten Male in der Weltliteratur die Judenfrage behandelt. Shylock erscheint hier als ein rachsüchtiger Fanatiker. In dem 150 Jahre später entstandenen Lessingschen Drama „Nathan der Weise“ steht wieder ein Jude im Mittelpunkt der Handlung, jedoch in einem wesentlich günstigerem Lichte. Bei Shylock ist aber zu beachten, daß er erst durch die häßlichen Verfolgungen der venezianischen Edelleute zu seinem grausamen Verlangen getrieben wird. Direktor Schaper führte die Spielleitung. Wenn diesmal nicht jedes Bühnenbild lobenswert war, so liegt es eben an den beschränkten und veralteten Einrichtungen unserer Bühne. Hubermanns Shylock zeichnete sich durch manch feine, charakteristische Note aus. Den Kaufmann Antonio gab Herrmann Weske mit edler Würde. Vornehm als Edelknecht und fast behütend als verleidete Liebhaberin war Maria Verá als Portia. Ein überaus lustiger Schelm war der Lanzelot des Fräulein Kling. Das stark besetzte Haus lachte mit Beifall. — Zu Hermann Sudermanns 60. Geburtstag wird für Sonnabend eine Aufführung der „Heimat“, mit Fräulein Vera als „Magda“, vorbereitet. — Sonntag, zum ersten Male, „Der lebende Tag“, Lustspiel in 3 Akten von Schanzer und Weiss, mit den Damen Castella, Renner, Krulle, und den Herren Klopsch, Birneburg und Hubermann in den Hauptrollen. Spielleitung: Sigmund Haag. Das Werk erlebte am Komödientheater in Berlin über 200 Aufführungen. — Montag, 1. Oktober, Eröffnung der Opernspielzeit, „Der Freischütz“, Regie: Herr Hofmüller, Kaspar: Herr Seebach, Agathe: Fräulein Voss, Knechtchen: Fräulein Baumann, Dirigent: Kapellmeister Viktor Wolfgang Schwarz, Spielleitung: Theodor West.

In dieses Globus-Theater im Bildungsvereinshaus in der Hintergasse findet auch der neue Spielplan allabendlich seinen Beifall. Am Schluß des reichhaltigen Spezialabendsprogramms gelangt die lustige Operette „O diese Liebesgaben“ zur Aufführung. Sonntag finden zwei Aufführungen statt. Näheres aus der Anzeige ersichtlich. Montag den 1. Oktober folgt der vollständig neue Oktober-Spielplan.

gudem Glauben bezahlt. Der Höchstpreis beträgt aber für den Erzeuger 5 Mark für den Zentner. Wenn er die Kartoffeln bis zum 15. Dezember liefert, kann darf er eine Schnellgetreideprämie von 50 Pf. nehmen, so daß der Zentner 5,50 Mark auf dem Hofe des Erzeugers kosten darf. Wird die Kartoffel aber nach Danzig frei Keller geliefert, dann freilich würde jetzt der hohe Preis von 8 Mark gezahlt werden müssen. Für die Lieferung unmittelbar nach Danzig werden also 2,50 Mark mehr gezahlt. Ein beachtenswerter „Anreizbetrag“. Dem Verbraucher aber kann es gleich sein, ob er 5,50 Mark und 2,50 Mark an verschiedensten Gebühren, oder 8 Mark zahlt. Er muß unter allen Umständen bluten.

Preise über 30 Pfund schwere Schweine. Die Provinzialstelle teilt mit: In Ausführung der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 15. September 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 837) und im Nachgang zu der Verfügung des Rgl. Pr. Landesfleischamtes vom 31. August 1917 Nr. B. I. 475/17 bestimmen wir hiermit in Abänderung der bisherigen Verordnungen folgendes:

„Bis zum 30. November 1917 einschließlich darf beim Verkaufe von Schweinen im Gewicht von 30 Pfund auswärts durch den Viehhalter der Preis für den Zentner Lebendgewicht die (aus Spalte 2 unter c der Anlage zur Verordnung vom 5. April 1917 über die Schlachtvieh- und Fleischpreise für Schweine und Rinder ersichtlichen) Preise, d. h. 72.— Mk. nicht übersteigen. Es gilt somit nunmehr für alle Schweine über 30 Pfund nur der Preis von 72.— Mk. pro Zentner, ohne Rücksicht darauf, wie hoch das Lebendgewicht der Tiere ist. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1917 in Kraft. Zuwiderhandlungen gegen sie werden nach § 17 der Verordnung zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Ordnungsregelung vom 25. September 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 607) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. (W. T. B.)

Dr. Ed. David Mar.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard Dablt in einer vor dem holländisch-schwedischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorliegendem Titel schon in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hierher: Die imperialistischen Verordnungen. — Die Entente als Weltverteilungsmittel. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Eingliederung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krise usw. Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Geistige Schwerarbeiter. Die Bestrebungen der geistigen Arbeiter nach Gewährung von Schwerarbeiterzulagen scheinen jetzt endlich Aussicht auf Erfolg zu haben. Das sächsische Ministerium des Innern veranstaltet, wie die „Leipziger Abendzeitung“ hört, Umfragen bei den Kommunalverbänden, wie sie sich zu einer Berücksichtigung der geistigen Schwerarbeiter stellen würden. Wie es heißt, will man 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche als grundlegende Bedingung für den Begriff des geistigen Schwerarbeiters stellen. Man kann nur dringend wünschen, daß die Kommunalverbände und hoffentlich auch die übrigen Bundesstaaten die geistigen Schwerarbeiter endlich berücksichtigen. Es bedarf keines Beweises mehr, daß gerade sie mit am meisten zu leiden haben.

Durch Urteil der königlichen Strafkammer in Danzig vom 20. April 1917 ist Frau Philipp aus Danzig wegen Verbrechen gegen §§ 270, 267, 268 R.-St.-G.-B. (Urkundenfälschung), begangen in Tateinheit mit fortgesetztem Vergehen gegen §§ 185, 188 R.-St.-G.-B. (Beleidigung) zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten kostenpflichtig verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat die Revision verworfen.

Frau Philipp hatte mehrere anonyme Briefe an das Bezirkskommando in Danzig gerichtet und in diesen Briefen, von denen sie einen mit dem Namen „Frau Müller“ unterzeichnet hatte, einen beim Bezirkskommando beschäftigten Sergeanten der Bestechlichkeit beschuldigt. Es gelang den Behörden, die anonyme Briefschreiberin zu entdecken, sie ihrer Tat zu überführen, die sie schließlich einräumen mußte, und sie zur Bestrafung zu bringen. Die Ermittlungen hatten, wie zu erwarten war, ergeben, daß an den von der Demuziantin erhobenen Vorwürfen nicht das geringste Wort wahr gewesen ist.

Das Zeugengeld
Es ist eine weit verbreitete, aber falsche Auffassung, jede als Zeuge geladene Person habe ohne weiteres eine Entschädigung von der Gerichtskasse zu verlangen. Jeder Deutsche und jede im Deutschen Reich sich aufhaltende Person müssen nach ordnungsmäßiger Ladung als Zeuge vor Gericht erscheinen. Dafür wird aber keine Entschädigung gezahlt. Vergütet werden nur Arbeitsverluste und Barauslagen. Alle Angestellten oder Geschäftsführer erhalten wohl Ersatz der an Ausfallspersonen bezahlten Vergütungen. Zeugen, welche krank sind und aus einer Krankenkasse Tagelöhner beziehen, haben auch keinen Anspruch auf Zeugengeld. Ein Schlosser wollte durch die Ausübung seiner Zeugenpflicht sechs Arbeitsstunden verjähren haben und verlangte dafür 1 Mk. die Stunde. Der

Betrag wurde bezahlt, aber es stellte sich heraus, daß der Mann damals krank feierte und keine Verläumdungen beanspruchen konnte. Es wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet und er von dem Düsseldorf-Schöffengericht wegen Betrugs zum Nachteil des Justizfiskus zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt.

Eine Mutter-Mutterschule. Die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Volkswohlfahrt in Leipzig hat die Gründung und Eröffnung einer Mutterschule beschlossen, die als Vorbild gedacht ist für weitere Mutterschulen im Reich. Man geht unter anderem Bekehrte auszubilden, die in den oberen Klassen der Volksschulen und höheren Mädchenschulen Kindeslunde lehren als vorbereitenden Unterricht für die Mutterschulen. Der Entwurf zu dieser Mutterschule stammt von dem bekannten Jugendforscher und Lehrer Walter Ditz in Reichen, dem auch die Leitung der Leipziger Mutter-Mutterschule übertragen worden ist. Die Mutterschulen werden den Müttern und Frauen aller Stände zugänglich gemacht.

Der Ablehnschein ist bekanntlich zu gewähren, wenn der Arbeiter, der ihn verlangt, den Nachweis führen kann, daß er sein Einkommen durch einen Stellenwechsel angemessen zu vergrößern vermöge. In welcher Form beweist nun der Arbeiter, der den Ablehnschein beantragt, daß ihm auf der neuen Stelle bessere Arbeitsbedingungen winken? Am einfachsten natürlich durch eine Bescheinigung des neuen Arbeitgebers. Aber diese Form des Nachweises ist keineswegs die einzig mögliche. Das Gesetz verlangt keinen Urkundenbeweis. Der Schlichtungsausschuß ist verpflichtet, den Arbeiter bei der Führung dieses Beweises zu unterstützen. Es kann z. B. von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, wie die „Amlichen Mitteilungen“ und Nachrichten“ des Kriegsamtes in Nr. 28 mitteilen, verlangt werden, daß er bei dem neuen Arbeitgeber telephonisch anfragt, ob die Angaben des Arbeiters über die Möglichkeit der Erlangung eines höheren Lohnes zutreffend sind. Auf solche Anfragen muß der Unternehmer nach § 17 des Hilfsdienstgesetzes Auskunft erteilen, wenn er nicht der in § 18 III angeordneten Strafe verfallen will. Die „Amlichen Mitteilungen“ des Kriegsamtes schließen diese Erläuterung des Hilfsdienstgesetzes mit der allgemeinen Anweisung: Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß soll möglichst frei von allem Formalismus und Schematismus behandelt werden.

Eisenbahnverkehr im Winter. Wie dem „Berliner Tageblatt“ von maßgebender Stelle der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt wird, wird sich der Verkehr in diesem Winter, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten nicht ungünstig gestalten. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs eintreten muß. Auf das Wirtschaftsleben wird bei allen Maßnahmen Rücksicht genommen werden. Was die Heizung der Züge im Winter anbetrifft, so besteht der Grundsatz, daß Fernzüge zu heizen und die Nahzüge, zu denen Stadt- und Vorortzüge gehören, ungeheizt fahren zu lassen.

Kinderwagen sind nur dann „Reisegepäck“, wenn sie für den Gebrauch mitreisender Kinder bestimmt sind; andernfalls werden sie von der Beförderung auf der Eisenbahn als Reisegepäck — eben so wie auch Handwagen — ausgeschlossen. Vielfach hat man nämlich die Beobachtung gemacht, daß Kinderwagen zum — „Hamstern“ auf der Bahn mitgeführt wurden. Aus diesem Grunde wird jetzt streng darauf geachtet, daß Kinderwagen als Reisegepäck nur dann befördert werden, wenn sie wirklich ihrem eigentlichen Zwecke dienen.

Warnung von schwindelhaften Anpreisungen „lohnender Heimarbeit“.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die jetzige schwere Zeit zwingt viele Frauen, einen Beruf zu ergreifen. Von gewissenlosen Elementen wird nun die Notlage der Frauen in der Weise auszunutzen versucht, daß dieselben unter Verkaufsangeboten von Maschinen zur Herstellung von Konfektionsartikeln im Hause „gut lohnende Heimarbeit“ in Aussicht gestellt, Besuch von „Schnellkursen“ zur Erlernung solcher Arbeiten empfohlen wird usw. Ermittlungen haben ergeben, daß die Preise dieser Kurse bisweilen unermesslichmäßig hoch und die angeblich garantierten Erwerbsmöglichkeiten so gut wie garnicht vorhanden sind. Frauen, die auf Grund derartiger Anpreisungen einen neuen Beruf wählen oder Heimarbeit übernehmen wollen, wird angeraten, vorher sachverständigen Rat einzuholen.

Zusammenlegung weiterer Gewerbebetriebe. Nachdem bereits die Schuhfabrikation und Seifenindustrie syndiziert und zu Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften zusammengeschlossen sind, folgen demnächst die Betriebe der Bäcker, worauf nach halbamtlichen Mitteilungen auch die Betriebe der Friseur, Gerber und Lederarbeiter zusammengelegt werden sollen. Die Lederindustrie setzt zwar diesen Bestrebungen erheblichen Widerstand entgegen, aber die Verhältnisse sind stärker, als die Menschen. Der Reichskanzler wird demnächst ermächtigt, diejenigen Gerbereien, die bereits vor dem 1. August 1914 Leder zum gewerbmäßigen Verkauf herstellten, auch ohne ihre Zustimmung zu Zwangs-Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung zur Herstellung und der Absatz nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe abzulegen hätten.

Mehrere Millionen Einheitschuh. Ueber die zukünftige Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwaren wird der Berliner Presse mitgeteilt: Die deutschen Schuhfabriken, die etwa 1400 betragen, sind auf etwa 400 Betriebe zusammengelegt worden. Die Knappheit des Leders und der Rohstoffe, sowie der Arbeitermangel machten die kleinen Betriebe unrentabel. Die Produktion ist nicht wesentlich gestiegen, da die Ueberweisung von Leder und Erzeugnissen seitens des Kriegsamtes ziemlich gering ist. Zurzeit ist man dabei, mehrere Millionen Schuhe nach einem einheitlichen Modell herzustellen zu lassen, deren Schäfte aus Erbsenstroh und deren Sohlen aus Holz mit Ledereinfällen hergestellt sind. Notwendig ist es, daß das Kriegsamte die Schuhwarenindustrie zur Genüge mit den notwendigen Erzeugnissen versorgt, damit die Bevölkerung vor Eintritt der rauhen und kalten Witterung rechtzeitig mit Schuhwerk versorgt wird. Die Einheitschuh werden imprägniert, daß sie weder Regen noch Schnee durchlassen.

Ende der Sohlenchouner. Laut Bekanntmachung der Erbsenstrohgesellschaft ist vom 30. d. Mts. ab die gewerbmäßige Herstellung der ledernen Sohlenchouner verboten. Vom 1. Dezember ab ist auch der Vertrieb dieses Erzeugnisses für Sohlen untersagt.

Eine Bestandserhebung von Holzgeräten ist im Dezember-teil unserer Monatsnummer bekannt gemacht. Der Fortschritt der Bestandserhebung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistereien und Polizeibehörden einzuweisen.

Aus Westpreußen

Mißhandlung einer Landarbeiterin.

Die Ehefrau Maria Victorowich, eine russisch-polnische Staatsangehörige, die seit mehreren Jahren auf dem Rittergut des Generalkonsulatsdirektors Meyer, Rottmannsdorf bei Braust beschäftigt ist, war in letzter Zeit infolge Unterernährung kränklich und schwach. Am 4. September war ihr Zustand so, daß die Arbeitsfähigkeit ausgeschlossen war. Sie ging zum Gutsarzt Dr. Pietsch in Braust, welcher ihre Arbeitsunfähigkeit nicht bescheinigen wollte. Schwach und müde wandte sie sich an den Arzt Dr. Böhnhelm, Odra, welcher die Frau sofort als unbedingt arbeitsunfähig bescheinigte und folgendes Zeugnis ausstellte: Frau Maria Victorowich aus Rottmannsdorf ist sehr blutarm und bedarf für mehrere Wochen der Schonung. Sie ist bis auf Weiteres arbeitsunfähig.

Infolge ihres kranken Zustandes und Berufung auf das ärztliche Zeugnis des Dr. Böhnhelm ging die Frau nicht zur Arbeit. Am 13. September erschien der Gutsarzt Dr. Pietsch, Braust, in ihrer Wohnung und erklärte die Frau wiederum für gesund. Der Gutsinspektor Luchel drang jetzt in die Wohnung der Kranken und holte die Frau zur Arbeit. Da sie ihm nicht gleich folgte, schickte er sie ins Gericht. Schluß mit der Reipetische auf sie ein und warf sie zur Tür hinaus.

Am 14. September ging die Mißhandelte noch einmal zum Arzt Dr. Böhnhelm in Odra, welcher auf dem Zeugnis folgenden Zusatz machte:

„Frau Victorowich hat mich heute nochmals konsultiert; sie hat eine belegte Zunge und machte einen durchaus kranken Eindruck.“

Trotz dieses ärztlichen Zeugnisses mußte die kranke Frau doch zur Arbeit. Jetzt wies der Inspektor ihr leichte Arbeit auf dem Speicher an. Ueber weitere Mißhandlungen auf dem Rittergut Rottmannsdorf liegt uns noch Material genug vor. Wir behalten uns vor, darauf zurückzukommen.

Auf der Gründungsversammlung der deutschen „Bayerlandspartei“ erging sich Herr Meyer, Rottmannsdorf, in sehr geschmacklosen Ausdrücken gegen den Präsidenten Wilson und die Reichstagsmehrheit. Es wäre besser, wenn dieser schimpfliche Herr erst dafür sorgen wollte, daß seine Landarbeiter solchen Mißhandlungen nicht ausgeleitet würden.

Gegen gewissenlose Lohnfälschungen.

In der „Dritztägigen Zeitung“ vom 30. August veröffentlicht die Kriegsamtsstelle Danzig folgendes:

Es ist hier bekannt geworden, daß einzelne Unternehmer die Versorgungsgebühren für Kriegsbeschädigte, insbesondere die Renten auf Lohn oder Gehalt in Anrechnung bringen. Ein solches Verfahren gefährdet die Kriegsbeschädigtenfürsorge in hohem Maße. Es beeinträchtigt die Arbeitstätigkeit, wirkt verbittern und erschwert die Zurückführung Kriegsbeschädigter in die wirtschaftliche Erwerbstätigkeit. Von der Heeresverwaltung wird derartigen Maßnahmen die Renten auf Lohn oder Gehalt anzurechnen, bereits seit Kriegsbeginn nachdrücklich entgegengetreten. Kriegsbeschädigte Arbeiter und Angestellte sind unter allen Umständen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu entschuldigen.

Tieftraurig ist es, daß es überhaupt nötig wurde, auf solche Weise Unternehmer, welche die Kriegsverletzungen ihrer Arbeiter sich selbst zumute machen, in ihre Schranken zu weisen.

Elbing, 18. September. Kinderherblichkeit. Zu diesem Jahr und überhaupt stets hochbedeutungsvolles Thema wird der konservativen „Elbinger Zeitung“ von einer praktischen Hausfrau und Mutter geschrieben: In den Zeitungen liest man viel von der Kinderherblichkeit und ihre Ursache, wobei immer eine Erkältung, Sammlung und Spende die andere jagt. Doch damit den Säuglingen am wenigsten geholfen ist, möchte doch jedermann einleuchten. Denn was nützt dem Säugling oder dessen Eltern das Geld, wenn man nichts

Feuilleton

— Der russische Bauer und die Revolution. Diese Karode schildert in einem kurzen durchaus nicht satyrisch gemeinten Aufsatz die Stimmung des russischen Landvolkes gegenüber der Revolution. Man solle nur gar nicht glauben, daß wenn man mit einer schwungvollen Rede die Bauern dazu gebracht habe, daß sie nicht nur ihre Unterhaltungen, sondern auch ihr leibliches Dasein einstellen, man auch schon ihr Herz gewonnen hätte. Dies erlöschende und rasselnde Bilden seien zwar zu erobern. Denn das gelungen sei, der hätte sie als ein ungeheures, entschlossenes und ihm völlig ergebeneres Ganges, als seinen Sklaven und den Feind seiner Begier. Wenn dann noch jemand sagen sollte, etwas gegen zu geltend zu machen, so würde man ihm im besten Falle nicht zu Worte kommen lassen. Aber eben es ist wohl keine so das Landvolk wollen Argwohn und Mißtrauen. Selbst wenn es im Augenblick durch eine Ansprache völlig beruhigt sei, so damit nicht das geringste für seine Stimmung in nächsten Tage gesagt. Morgen werden viele zur Befragung kommen und sich den Hinterkopf kratzen, sagen: „Bemogelt.“ Der Bauer versteht dann sofort, wozu die Rede ist und antwortet in gleicher Tonart: „na, und ob.“

Anschlus der vielen Parteien sei der Landmann ganz rational. Das doch zu einer Partei zu bestimmen, erscheine dem Bauern eher als eine Heidenart. Ein Bauer, der sich als Angehöriger einer Partei ausgäbe, werde mit Strafen und Mißtrau betrachtet. Die anderen Männer hielten ihn für einen Narren und die Frauen verachteten ihn, weil er keine Seele dem Lande vertrieben habe. Auch in den kleinen Provinzstädten sei es unumgänglich festzustellen, welcher Partei dieser oder jener in der Öffentlichkeit stehende Mann angehöre. Selbst nach Sozialdemokrat, sei er heute bereits Sozialrevolutionär, und morgen werde er Arbeit, Vertriebenheit und sehr Lebenserregung sein unbekannt. Sozialdemokraten vereinigen sich mit ausgeprochenen Reaktionsären, und Sozialrevolutionäre mit gänzlich Reaktionsären. Strenge Sozialdemokraten gehen die Reaktionäre und alle, was mit ihr zusammenfange, sei das einzig Lebende.

dasfer bekannt. ein Kind so weit, daß ihm außer dem schon etwas anderes, z. B. aufgeweckter Zwickel, gegeben werden kann, dann muß den Kindern die sehr, sehr Gemeinlichkeit gegeben werden und wenn man dem Kinde zur Beruhigung einen Keks, Süßwaren oder einen Amerikaner geben möchte, muß man ihm eine spezielle Brotkruste in die Hand drücken. Das harte Brot kann schon ein großer Mensch mit schwachen Rippen nicht verdauen; wie soll es nun ein Kindernaugen ausweh bringen? Jetzt wird auch noch den Kindern ein Pfund Zucker den Monat abgezogen, angeblich, weil das Kind von einem Jahr eine Feiertage erhält. Wozu jetzt dann nicht die Feiertage ein, wenn der Zucker abgezogen wird? Oder warum bekommen die Kinder nicht bis zu einem Jahre den vollen Zucker? Was es heißt, ein Pfund Zucker den Monat für einen Säugling weniger erhalten, wird nur derjenige wissen, der es mit einem kleinen Kinde wirklich ernst meint. Gerade das, was den Kindern am zuträglichsten ist, wird ihnen entzogen. Gebe man ihnen Kinderzwickel, jede Woche, und wenn es 1/2 Pfund Keks ist, und den richtigen Zucker frei, dann werden auch die Kinder gedeihen.

Fr. A. Hinz, Kleiner Wunderberg 10.

Elbing, Zusammen für 5000 Mark Kleider, Wäsche und Schuhzeug gestohlen wurden dem Gutsagenten Gustav Westphal, Ammerer Mühlendamm 35. Das ist seit einigen Tagen schon der zweite größere Kleider- und Wäschebstahl in Elbing. Vor kurzem entwendeten Diebe dem Tischlermeister Wilhelm Blödhorn in der Heil. Reichnamstraße für 4200 Mark Kleidungsstücke und Wäsche.

Wahrscheinlich haben die unerschulichten Besucher von den nicht gerade befeindeten amutenden Vorräten genaue Kenntnis erhalten.

Marienburg, 20. Sept. Wegen Verbrauchs beschlagnahmter Werke stand am Mittwoch der Gutsbesitzer Penner I aus Wernsdorf vor dem Marienburgischen Schöffengericht. P. Besitzer eines Grundstücks von 9 Hufen, hat 57 Zentner beschlagnahmte Werke aus dem Erntejahr 1916 unberechtigt für sich verbraucht. Er mußte sechs Zentner abliefern und durfte nur vier Zentner in seiner Wirtschaft verbrauchen. Dies tat er jedoch nicht, sondern gab nur 28 1/2 Zentner Werke an den Kommunalverband ab, während er gesetzlich 32 1/2 Zentner abzuliefern verpflichtet war. Penner, der einen Strafbescheid in Höhe von 1000 Mark erhalten hatte, erstellte durch den Verkauf von 15 Mastschweinen 5000 Mark. Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß er die Schweine nicht eingehen lassen konnte und die gesetzlichen Bestimmungen hart seien. Der Gerichtshof erkannte gegen Penner auf 500 Mark Geldstrafe.

Krojante, 20. Sept. Ein Wilderer von einem Förster erschossen. In einem zur Prinzlichen Försterei Flabow gehörigen Walde traf der vom Militär beurlaubte Förster Giffow-Wilhelmswalde seinen langjährigen Holzschläger Kühn, der unter seiner Kleidung ein zusammengelegbares Gewehr trug. Als er aufgefordert wurde, Gewehr und Patronen abzugeben und zu folgen, griff der Wilderer den Förster an, und es entspann sich ein schwerer Kampf. Als K. zu einem Kolbenstöße ausholte, schloß der Förster dem Wilderer eine Kugel durch den Hals, die den schnellen Tod herbeiführte. Der Förster hat erhebliche Verletzungen an Kopf und Armen davon getragen.

Thorn, 13. September. Weitgehende Gasregelung. Infolge starken Kohlenmangels hat der Thörner Magistrat eine für die Bürgerchaft schwerwiegende Verordnung erlassen. Danach wird die Straßengasbeleuchtung vollständig eingestellt. Die Gasabgabe erfolgt in der Regel nur an bestimmten Tageszeiten, wodurch viele gewerbliche Betriebe zeitweise stillgelegt werden. Bei Eintritt der Heizperiode dürfen zur Ersparnis von Brennstoffen in einzelnen Stadtwerken der Wohnhäuser nur die gleichen übereinanderliegenden Zimmer geheizt werden. Der Hauseigentümer muß dafür sorgen, daß alle Wohnungsinhaber sich über die zu heizenden Zimmer einigen. Falls keine Einigung erzielt wird, ist dieses der Ortskohlenstelle zur Vermittlung mitzuteilen. Zuwiderhandlungen werden mit Geländnis bis zu einem Jahre oder mit — 10 000 Mk. Geldstrafe geahndet.

Graudenz, 25. Sept. Stadtratswahlen finden noch in diesem Herbst statt. Es handelt sich um die Wiederwahl von 15 Stadtratsmitgliedern, deren Mandat abgelaufen ist. Starke Beschränkung ist nun auch in Graudenz angeordnet worden, wozu Ersparnis von Kohlen und um den ungeordneten Betrieb der Gasanstalt sicherzustellen. Für jedes Kubikmeter Gas, das über die zulässige Menge verbraucht wird, wird ein Aufgeld von 30 Pf. berechnet. Die Einschränkung gilt auch für die kriegswichtigen Betriebe.

Soziales

Schutz dem unehelichen Kinde!

Eine Tagung deutscher Berufsverbände fand in Berlin statt. In einer Vortragsveranstaltung wurde der Schutz des unehelichen Kindes erörtert. Seine Notwendigkeit ist, nachdem längst die Berufsverbände immer wieder betont hatten, auch im Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik anerkannt worden. Prof. Kunkler-Frankfurt a. M., der die Tagung leitete, wies in seinem Referat auf die weitläufigere Säuglingssterblichkeit der unehelichen hin. Sie wirkt nicht als Ausnahme, denn auch die überlebenden unehelichen werden in den späteren Kindheitsjahren noch in großer Zahl von Krankheit und Tod betroffen. Dazu kommt, daß sie auch in jüngerer Hinsicht die Folgen des Elends zeigen, in dem sie aufwachsen. Unter den Fürsorgezöglingen sind fünf bis sechsmal soviel Uneheliche, als nach dem ihnen zukommenden Anteil darunter sein dürften. Aus dem Elend der Unehelichen ergibt sich die Notwendigkeit ihres Schutzes. Wir haben in Deutschland mit etwa einer Million unehelicher Kinder unter 14 Jahren zu rechnen. Die Schuld an der Not der Unehelichen trifft nicht nur Vater und Mutter, sondern auch die Gesellschaft. Warum überläßt der Staat, fragte Kunkler, uneheliche Kinder dem Siedelamt und dem Vertriebsamt? Nimmt er sich der Unehelichen besser an, dann werden auch Vater und Mutter sich ihrer Pflicht besser bewußt werden. Korrespondent Stadtrat Rosenfeld-Königsberg i. Pr. stellte für den Schutz der unehelichen bestimmte Forderungen auf. Ein schnelleres Verfahren zur Erlangung der Unterhaltsbeihilfe sei nötig, weil gerade auf die ersten Lebensmonate der Unehelichen viel ankommt. Da das uneheliche Kind vom ersten Tage an Schutz braucht, so müsse zunächst der gesetzliche Berufsverwandt eingreifen, der später durch den Einzelvormund ersetzt werden könne. Eine öffentliche Instanz müsse die fehlenden Mittel zur Versorgung des Kindes vorstrecken. Der Einzelvormund dürfe nicht durch Zwang bestellt werden, sondern müsse ein freiwilliger und bereiter Schützer sein. In der Diskussion trat der Gegensatz zwischen Berufsverwandt und Einzelvormund hervor. Mit Betriedigung wurde festgestellt, wie sehr die Ansichten über das uneheliche Kind sich in neuester Zeit gewandelt haben. Nur sollte man bei der Fürsorge mehr an das Kind als an das Staatsinteresse denken.

Erleichterte Eheverbindung in Italien.

Die römische Räter melden, hat der Papst die Heiratsbeschränkungen, die die Kirche in Italien verhängt, gemildert, indem er unter gewissen Umständen das heiratsfähige Alter für Mädchen auf 14 und das für Männer auf 16 Jahre herabsetzte. Auch ist das Verbot der Heiraten zwischen nahen Verwandten jetzt auf die Nissverwandtschaft im dritten Gliede beschränkt worden. Die Heiratsbeschränkungen sind ebenfalls erigig bemüht, den Heiratsfähigen die Wege zu ebnen. Insbesondere sucht man bei dem weiblichen Teil der Bevölkerung Maßnahmen für die Eheschließung mit Kriegsbeschädigten zu machen. Gegen diese Stimmungsmaße reihten sich eine große Anzahl heranziehender inkonsequenter Juristen, die geradezu ein Gesetz fordern, das es unerfahrenen Mädchen erlaube, eine Ehe mit schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern einzugehen. Sie verweisen darauf, daß überlebendes Militär und fähig angewandte Tatenlandsleute für junge Mädchen, denen jede Lebenserfahrung fehlt, schlechte Ratgeber beim Eingehen einer Ehe sind.

Aus aller Welt

Mädchenmord in Berlin. Einen schauerlichen Fund machte Freitag nachmittag die Berlinerin Frau Schmidt in der Friedrichstraße 19. Die Frau hatte in ihrer großen Wohnung ein Zimmer abvermietet, darunter eins an den 24 Jahre alten Jahr in Baden gebürtigen Koch Emil Haas, der vor längerer Zeit aus dem Felde zurückkehrte und stellunglos war. Die Reinemfrau, die in Abwesenheit der Frau Schmidt jeden Tag aufrauwanderte sich, daß Haas seiner Gewohnheit entgegen nicht da war, als sie sein Zimmer in Ordnung brachte. Es fiel ihr um so mehr auf, als ein großer Reiseforb schwergepackt dastand. Sie bat der Mieter könne wohl rufen wollen, ging deshalb auf dem Wege bei Frau Schmidt heran und machte sie aufmerksam. Sie suchte darauf in der Mittagszeit ihre Wohnung auf und fand Reiseforb mit der Steppdecke vom Bett zugehakt vor dem stehend. Neugierig schlug die Frau den Deckel auf. Entsetzt prüfte sie zurück, als sie in dem Korb eingewängt, die Leiche eines nur dem Heind beiseitenden Mädchens fand. Ihre Nachbarin, der sie ungewöhnlichen Fund mitteilte, holte die Polizei des 26. Reviers, die zugleich die Kriminalpolizei benachrichtigte. Haas kam einiger Zeit nach Hause, klopfte erst an, öffnete dann selbst wurde sogleich festgenommen. Unter der Last des Befundes gestürzte bald, daß er das Mädchen am Abend vorher ermordet und den Korb gepreßt habe. Er will das Mädchen unter dem Namen „Lucie“ als Straßenmädchen kennen gelernt und im Streit ermordet haben.

Hinrichtung in Insterburg. Durch den Scharfrichter Ernst aus Breslau wurde in Insterburg der wegen Ermordung eines Förstersfrau und ihrer Haushälterin am Tode verurteilte Reifer Papendick hingerichtet.

328 Gebäude abgebrannt. In der Ortschaft Hernath Ungarn sind einem Telegamm zufolge 128 Wohnhäuser und Nebengebäude sowie zahlreiche Wirtschaftsgebäude niedergebrannt, wobei auch große Mengen von Futtermitteln vernichtet wurden. Drei Kinder fanden in den Flammen den Tod. Der Schaden betrug 1 1/2 Millionen Kronen. („B. T.“)

Sturmschäden in Polen. Ein Orkan richtete in der Gegend in der Nähe von Lodz große Verheerungen an. Stadtwälder wurden dreitausend Bäume entwurzelt oder zertrümmert, Windmühlen, ganze Bauernhäuser sind fortgerissen worden. In reiche Schornsteine sind umgerissen. Das Dach der Sankt-Martin Kirche ist abgedeckt worden. Mehrere Menschen sind getötet. Sturm war mit Gewitter und sehr starkem Hagelschlag verbunden und dauerte kaum acht Minuten. Der Schaden wird auf mehr als 2 Millionen Mark geschätzt.

Ein großer Fabrikbrand herrichte in der vorletzten Nacht in der Berliner Bronzemeinfabrik von G. Krüger in der Prinzstraße 21. Als die Feuerwehre gegen 3 Uhr früh an der Brandstätte erschienen, schlugen bereits Flammen aus allen Geschossen des fünfstöckigen Fabrikgebäudes heraus. In wenigen Minuten waren die Wände zur Stelle, die das Feuer mit acht Schlauchleitungen griffen. Es dauerte aber drei Stunden, bis die Hauptgefahr beseitigt werden konnte. Der Schaden ist beträchtlich. Ueber die Entstehursache konnte nichts ermittelt werden.

18 000 Brotkarten gestohlen. Ein großer Brotkartendiebstahl ist in einer der letzten Nächte in Charlottenburg verübt worden. Einbrecher drangen in die Geschäftsräume der Brotkommission Schulgebäude in der Mehringstraße 9—10 ein und stahlen dort 18 000 Brotkarten der nächsten Ausgabeperiode. Die Karten tragen Nummern 95 551 bis 99 950.

Drei Jahre Zuchthaus wegen Brotmarkenfälschung. Schwurgericht in Halle verurteilte die beiden Berliner Arbeiter J. Korus und Karl Grefling zu je drei Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, weil sie in Merseburg Brotmarken in großer Menge gefälscht und an Arbeiter der Leuna-Werke verkauft hatten.

Verbrecherflucht aus einem jahrenden Zug. Aus Eisenbahnzug auf der Fahrt von Wölln nach Hamburg ist der berüchtigte Einbrecher Wegener entspungen. Der ihn begleitende Polizeibeamte versuchte den Flüchtling festzuhalten, wurde aber dabei aus dem Zuge gerissen und blieb mit erheblichen Verletzungen an den Schienen liegen. Der Einbrecher, der in Mecklenburg und Brandenburg zahlreiche schwere Einbrüche verübt hat, ist entkommen.

Echt getrocknetes **Schnupftabak** garantiert rein. **Julius Gosda**, Kohlabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik. Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priefergasse 5. Fernspr. 2

Mehrere hundert **Schweine, Lämmer, Ziegen, Kaninchen, Gänse, Enten, Hühner, Tauben** u. a. m. sind die Gewinne bei der Verlosung **am 15. Oktober er.** zu Gunsten der **Deutschlandsspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz.** Lose zum Preis von 50 Pf. werden auf den Straßen angeboten und sind in vielen Geschäften käuflich. 235

Wenn Sie sich zum Redner aufstellen wollen, müssen Sie das Buch kaufen:

Referentenführer von Ed. David Mitglied des Reichstags Preis: 1.50 Mark

Das Buch ist eine Anleitung des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit nötigen Wissens u. erfolgreichsten Könnens

Buchhandlung B o l f w a c h t Paradiesgasse 32

Freilungs Fremdwörter und politische Schlagwörter verdeutscht und herausgegeben von Adolf Braun Preis 30 Pf. Ein Taschenbuch, das jeder Sprachschaffende, jeder Deutschlesende, sollte

Buchhdlg. Volkswacht Paradiesgasse 32

zum Sozialismus bereit und eine geistig lebendige Gruppe der nationalliberalen Fraktion sehen auch gewillt in ein freundschaftliches Verhältnis zur Mehrheit zu treten. Sie werden durch die Schwärzung der Partei, die sich in mancherlei Beziehungen ankündigt, in eine sehr schwierige Lage kommen. Die Aussicht, die Einigkeit im bürgerlichen Überkommens herzustellen, wäre für alle absehbare Zeit zerstört.

Die sozialdemokratische Fraktion aber wird den Weg weitergehen, der sich bisher als der durchaus richtige erwiesen hat. Ihr ganzes Streben geht dahin, daß die Arbeiter, die sie im Reichstag vertritt, nicht bloß durch sie reden dürfen, sondern daß sie auch wirklich etwas zu sagen haben. Sie verzichten auf alle Süßwörter und will den ganzen Einfluß der Arbeiterbewegung in die Wege werfen, die über das Schicksal des Volkes entscheidet. Sie will Grundsätze nicht nur proklamieren, sondern auch durchsetzen. Zu diesem Ziel hat sie sich ein ganzes Stück, wenn auch für unsere Ungebuld noch lange nicht weit genug, in zäher Arbeit durchgekämpft. Dafür verdient sie die Anerkennung und Unterstützung politisch aufgeklärter Massen, deren Urteil bei den ersten, hoffentlich nicht mehr allzu fernem Reichstagswahlen nach dem Kriege sie mit besonderer Aufmerksamkeit erwartet. (B. 261.)

Ein alldeutscher Volkstag!

Die Wut der Alldeutschen über den Reichstag treibt die sanderkerkeren Hüllen. Ein von der Schwerindustrie gekaufter Berliner Abgeordneter ist auf einen neuen Einfall gekommen. Nach dem es den Deutschen Reichstag als „ungeheures Körperstück“ bezeichnet hat, schlägt er allen Ernstes vor, einen Deutschen Volkstag im Gegensatz zum Reichstag zu bilden. In diesem Zwecke sollen die „vaterländisch gesinnten“ (vaterländisch gesinnt ist natürlich nur ein Alldeutscher) Abgeordneten der Minderheit unter Protest aus dem Reichstag austreten und sich als „Volkstag“ konstituieren. Dieser soll dann ergänzt werden durch weitere in öffentlicher Wahl gewählte (!) Vertrauensmänner derjenigen Wahlkreise, die heute durch die Mehrheit vertreten sind.

In Russland gibt es neben der Duma den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat. In Deutschland würde es dann neben dem Reichstag einen realisierbaren „Mitarbeiter- und Nichtsoldatenrat“ geben. Wir sind auf die Fortentwicklung des Gedankens gespannt und machen heute schon unsere Wahlblätter auf den lohnenden Stoff aufmerksam. (B. 261.)

Heimurlaub und Versammlungsreden

Ein feidrauer Soldat hat vor kurzem an der Gründung einer neuen politischen Partei sehr lebhaft mitgewirkt und den Gründungsversuch dieser Partei ausdrücklich mit dem Zusatz: „Zurzeit im Felde“ zurückgewiesen.

Momentan befindet sich dieser Soldat aber nicht im Felde, sondern auf Heimurlaub, und benutzt diesen, um sich aus den Anhängern der Berliner Vorkämpfer zu entfernen, um am 24. d. M. auf einer öffentlichen Versammlung seiner Partei zu referieren.

Der Soldat, dem dies möglich ist, heißt Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, die Partei heißt: „Deutsche Vaterlandspartei“. (B. 259.)

Die Gelben für Kriegserklärung.

Anfang dieses Monats hat in Frankfurt a. M. der Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, der „Vaterländischer Ausschuss“, wie sie sich nennen, oder der „Gelben“, wie sie im Volke genannt werden, getagt. Wie jetzt bekannt wird, hat der Hauptausschuß auch Hindenburg antelegraphiert. In diesem Telegramm bringt die gelbe Zentralinstanz zum Ausdruck, daß der Krieg so lange fortgeführt werden müsse, bis unsere Feinde, insbesondere England, niedergebungen sind. Natürlich sind die Gelben auch warme Freunde ausgebreitetster Annexionen:

„Nicht in würdeloser Preisgabe, sondern in tatbewusstem entschlossenem Festhalten dessen, was das deutsche Schicksal unter dem Schutz herrlicher, demunterungswürdiger Führung mit dem Blute der besten Söhne unseres Volkes errungen, erwidert die nationale, vaterländische Arbeiterbewegung Heil und Sicherheit des Vaterlandes.“

Die Gelben gehen also gleich aufs Ganze, sie wollen von den ersten Gebieten keinen Deut herausgeben. Wie lange noch bis zur Erreichung dieser Ziele der Krieg fortgesetzt werden muß, macht die Schicksalung der Schwerindustrie keine Sorge. (B. 256.)

Streikrecht für Landarbeiter

Berlin, 21. Sept. („Berl. Tagebl.“) Aus den Verhandlungen der Herbst-Landwirtschaftswoche verdient ein Vortrag hervorgehoben zu werden, den der Rittergutsbesitzer Graf v. Schwerin in der Betriebsabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hielt. Graf Schwerin schaute nicht vor der unumgänglichen Konsequenz zurück, daß, um mehr Arbeitskräfte auf die Güter zu bekommen und sie hier festzuhalten, die bisherige Arbeitsverfassung einer Umgestaltung im freihändlerischen Sinne bedürfe. Die Güterbesitzer dürfen nicht vergessen, daß sich die Regierung Vorbehalten für das Streikrecht der Landarbeiter erklären werde. Deshalb müßten sie diesem Streikrecht zuvor zu kommen suchen und auch das Streikrecht der Arbeiter müsse durch Bestimmungen der Arbeitsverfassung wie das Beschwerderecht des Einzelnen und die Einziehung von Arbeiterbeschlüssen überflüssig gemacht werden.

Dazu sagt das „Berl. Tagebl.“ im zustimmenden Sinne: Das Streikrecht und Gedanken, die man mit Ueberraschung, aber zugleich mit Genugtuung von agrarischer Seite vernimmt.

Mit lange ist für die Befestigung der veralteten Gesetzbuchungen und für das Koalitionsrecht der Landarbeiter gekämpft worden. Während die gewerblichen Arbeiter bereits im Jahre 1869 durch die Gewerbeordnung das Koalitionsrecht erhielten, ist wenigstens in den alten preussischen Provinzen einschließlich Westfalen und Rheinland, das Koalitionsverbot für die Landarbeiter noch immer in Kraft. Man darf nicht verkennen, daß gerade in dieser Unfreiheit des Landarbeiters der stärkste Antrieb für die Landflucht der Arbeiter lag. Es ist von der Linken des preussischen Abgeordnetenhauses längst erkannt worden, und neben Freisinnigen und Sozialdemokraten trat das Zentrum entschieden für die Befestigung des Koalitionsverbots während leider die Nationalliberalen die Regelung des Koalitionsrechts bisher nicht für iptudrecht hielten. Nun werden sie sich beugen müssen, den Anstich nicht zu verpassen, nachdem selbst die konserverativen und Agrarier unter dem Druck der Verhältnisse sich genötigt sehen, ihre frühere Stellung in der Landarbeiterfrage preiszugeben. Sie sind natürlich keineswegs der Ansicht, daß die Entfesselung der gewerblichen Arbeiter für sich ausreicht, um die Landflucht zu beseitigen. Zu gehört eine sehr umfangreiche Tätigkeit in der Richtung sowohl der materiellen Besserstellung der Landarbeiter wie der inneren Koalitation, aber mit dem Zugeständnis, daß es mit dem Koalitionsverbot auf dem Lande nicht länger geht, ist immerhin bereits ein Anfang zur Besserung gemacht. Wir würden es begrüßen, wenn durch den Zwang des Krieges auch auf dem Lande die Grundlage für eine neue Arbeitsverfassung im freihändlerischen Sinne gelegt wird. Denn nur würde die innere Kraft des Deutschen Reichs wesentlich verstärkt, wenn auch dem politischen Fortschritt würden neue Bahnen erschlossen.

Ueber die Bemühungen der Freisinnigen zur Befestigung des Koalitionsverbots der Landarbeiter sind wir auf Grund geschichtlicher Angaben wesentlich anderer Meinung als das liberale Blatt. Die Befestigung des Grafen Schwerin muß vor der Ansicht warnen, als ob das Koalitionsrecht der Landarbeiter als „patriarchalisches“ Liebesrecht dem Entgegenkommen der Arbeitgeber überlassen bleiben könnte. Das Koalitionsrecht muß unbedingt durch Reichsgesetz gesichert

Russland

Sieg der Maximalkisten im A. u. S. Rat

Petersburg, 23. September. (P. T. U.) In der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats brachten die sozialdemokratisch-minimalistische und die revolutionär-sozialistische Partei eine Entschlieung in Vorschlag des Inhalts, daß die am 13. September gefasste maximalistische Entschlieung lediglich zufällig angenommen worden sei und daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg volles Vertrauen zu seinem Bureau habe. Diese Entschlieung wurde in namentlicher Abstimmung mit 519 gegen 418 Stimmen abgelehnt, während 57 Abgeordnete abwesend waren. Der Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats Tschelidsch erklärte, daß die Mitglieder des Bureaus ihr Amt niederlegten.

Petersburg, 23. September. (P. T. U.) Der Minister des Innern erklärt, die Gesamtzahl der Wähler zur konstituierenden Versammlung betrage etwa 90 Millionen Menschen, die Kosten der Wahlen würden sich auf 100 Millionen Rubel belaufen.

Frankreich

Die Geheimberichte

Bern, 24. September. (Privattelegramm.) Im „Echo de Paris“ fragte Barrés, wer die Erörterungen der französischen Geheimnisse dem Reichsanwalt auslieferete. Die Frage schaffe schwere Sorgen. Man suche zu Recht oder Unrecht der Stenographen des Reichsanwalts in Turmel. Barrés fordert von der Regierung scharfe Maßnahmen zur Aufindung der Schuldigen. Gleichzeitig berichtet er aber, man konnte in Paris am Abend nach der berühmten Geheimnisssitzung einen inhaltlich richtigen Auszug über die Verhandlungen für 100 bis 150 Franken kaufen. Sembat greift in der „Humanité“ das gleiche Thema auf. Auch er stellt fest, daß eine Inhaltsangabe der Geheimnisse in Paris zirkuliere. Er glaube, der Reichsanwalt erhalte einen dieser Auszüge. Die Angelegenheit Turmel stehe aber zweifellos mit der Geheimnisssitzung in Verbindung. Auch Sembat verlangt eine strenge Untersuchung. „Gaulois“ bespricht die gleiche Angelegenheit. Er verlangt die Erschießung der Schuldigen. Die diesbezüglichen drei Artikel, die bereits vor einigen Tagen erscheinen sollten, waren von der Zensur verboten. Barrés und Sembat mußten ihre Artikel auf Ansuchen der Zensur in einzelnen Punkten abändern.

Amerika

Große Streiks im Westen.

Kopenhagen, 24. September. („Kriegsztg.“) Die New Yorker Presse meldet aus Washington, daß dort ein außerordentlicher Ministerrat zur Besprechung der kritischen Lage an der Westküste der Vereinigten Staaten zusammentrat. Die Zahl der Streikenden im Industriegebiet des Stillen Ozeans hat sich bereits auf 180 000 erhöht. Es streikten sämtliche Schiffsbauer, Eisengießer und Metallarbeiter, Transportarbeiter, Holzzer und ein erheblicher Prozentsatz der Seeleute. Die Schifffahrt in den Häfen des Stillen Ozeans ist teilweise lahmgelegt. Der Schiffsbau ruht ganz. Die bisherigen Konferenzen zwischen Arbeitern, Arbeitgebern und der Regierung in San Francisco sind ergebnislos verlaufen. Man befürchtet den Ausbruch neuer Unruhen. Das Flottenbauprogramm der Vereinigten Staaten hat durch den umfassenden Streik der Werftarbeiter in den Häfen des Stillen Ozeans eine empfindliche Störung erfahren.

Kriegswirtschaft

Wo bleibt der Mieter?

In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ wies der Deutsche Wohnungsausschuß auf die in Nr. 246 des „Vorwärts“ eingehend erörterte Forderung hin, daß die Bundesratsverordnung vom 28. Juli d. J. zum Schutze der Mieter in großen Teilen Deutschlands wirkungslos zu bleiben drohe. Man merke in diesen Teilen nichts davon, daß die erforderlichen Vorbereitungen zur Wirksamkeit der Verordnung getroffen würden. Es wäre jetzt die höchste Zeit, schleunigst alle Vorkehrungen zu treffen, da andernfalls für den Oktobertermin nicht mehr Gebrauch von den Vergünstigungen der Bundesratsverordnung gemacht werden könne.

Durch die Saumlässigkeit der Einzelstaaten ist die Bundesratsverordnung tatsächlich schon wirkungslos geworden. Was sie erreichen wollte, ist zum Oktobertermin schon gar nicht mehr zu erreichen. Das Vorgehen der Hauswirte, das zu der Bundesratsverordnung Anlaß gab, ist vielleicht durch dieselbe etwas abgeschwächt, hat aber in der Hauptsache den von den Hausbesitzern gemachten Erfolg gehabt. Wenn irgend etwas der sinnfälligsten Beweis für die völlige Ungeeignetheit der einzelstaatlichen Regierungen zu sozialpolitischen Maßnahmen gebracht hat, so dies ihr fast völliges Versagen in der Ausführung der Bundesratsverordnung, das geradezu als ein öffentlicher Skandal bezeichnet werden muß.

Aus der Partei

Partei aller Arbeitenden

Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und kraft seiner Zahl allein die Macht hat, eine herartige Ordnung herzustellen. Und, wasgemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern jeden, der nicht von der Arbeit anderer lebt. Also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern und Angestellten sowie Unter- und Mittelbeamten auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden (und Kleinhandl.) die unter der Last des Kapitals ebenso leiden wie die eigentlichen Lohnarbeiter. (W. L. Dieckhoff.)

Der Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Partei.

Die konserverativen und sonstige alldeutsche Presse freut sich darüber, daß aus dem Bericht des Parteivorstandes an den „Bürgerlichen Parteitag „Mitgliederbestand“ der sozialdemokratischen Partei hervorgeht. Die Mitglieder sind allerdings geschwunden — in die Massengräber vor Verdun und in den Karpaten, in die Schützengräben von der Ostsee bis zu den Alpen und von der Donau bis zur Dnna. Auch der Mitgliederbestand des Bundes der Landwirte ist zurückgegangen, eben weil viele Mitglieder dieses Bundes heerespflichtig sind. Die Konserverativen sehen darin einen Beweis der Defekte der Landwirtschaft für das Vaterland, bei der Sozialdemokratie sehen sie in der aus gleichen Umständen folgenden Abnahme des Mitgliederbestandes „Mitgliederabnahme“. Die Sozialdemokratie hat jetzt noch eine Viertelmillion politisch organisierter zahlender Mitglieder. Keine andere politische Organisation hat jetzt noch einen solchen Mitgliederbestand auch nur annähernd aufzuweisen. Daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt erreicht habe, ist uns seit Jahrzehnten immer wieder prophezeit worden. Wer dieser Weissagung diesmal glaubt, wird bei den ersten Wahlen nach dem Kriege das Gegenteil erfahren. Dann wird sich zeigen, wie das Einwirken der Sozialdemokratie für Landesverteidigung, für die Freiheit und den Frieden auf die Massen gewirkt hat.

Die Gegner behaupten nun, der Niedgang des Mitgliederbestandes unserer Partei sei ein Beweis dafür, daß die Massen sich nicht nach Frieden sehnen, im Gegenteil verlangen, daß der Krieg ohne Annexionen und Kriegentscheidungen nicht beendet werde. Die Leser der sozialdemokratischen Presse, die für den Verständigungsfrieden eintreten, tun mir bitte, soweit sie noch nicht politisch organisiert sind, auf daran, sich unserem sozialdemokratischen Verein anzuschließen. Je mehr die Zahl unserer organisierten Mitglieder wächst, um so mehr können wir den bürgerlichen Parteien und der Regierung beweisen, daß sie sich im Gegensatz zu dem Willen des Volkes sehen müssen, wenn sie nicht Frieden schließen, sobald die Feinde zum Frieden ohne Annexionen und Kriegentscheidungen bereit sind.

Aufschwung der „Gleichheit“

In dem kleinen nordschleswigschen Orte Hadersleben sind durch eine planmäßig angelegte und energisch durchgeführte Agitation in knapp acht Tagen über 60 neue Leserinnen für die „Gleichheit“ gewonnen worden. Gewiß ein schöner Erfolg! Wir sind damit aber noch nicht zufrieden, so schreibt uns die Berichterstatterin, sondern wollen dauernd weiter agitieren.

Technische erfreuliche Resultate werden uns aus andern Orten gemeldet. So sind in den letzten Wochen in Magdeburg 250, in Elberfeld 200 und in dem gewiß sehr großen Neutungen 350 neue Leserinnen für die „Gleichheit“ gewonnen worden. In andern großen und kleinen Städten sind die Genossinnen dabei, eine wirkungsvolle Agitation für ihr Blatt in die Wege zu leiten.

Die Berliner Stadtverordnetenfraktion gepregelt.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Berliner Rathaus betätigten sich bisher gemeinsam in der Kommunalpolitik. Das soll nun anders werden. Am 20. d. M. wurde dem Vorsitzenden der Fraktion, Genossen Heimann, durch den Stadtverordneten Dr. Wenl mitgeteilt, daß sich die „Unabhängigen“ in einer selbständigen Fraktion konstituiert haben. Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu, als Grund für diese Spaltung werde von den „Unabhängigen“ ein Beschluß des Bezirksvorstandes angegeben, nach welchem die Mitglieder der Stadtverordneten, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhange mit den Organisationen dieser Partei ausüben mögen. Dieser Beschluß sei aber nur ein äußerlicher Anlaß gewesen: schon seit langem waren einflußreiche, mit jedem Monat härter drängende Kräfte am Werke, unter allen Umständen die Spaltung herbeizuführen. In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Wie bisher, so konnte das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame erprobte Tätigkeit abgeben. Ohne inneren Grund ist der stolze Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer gesunken. Der bisherigen Tätigkeit der „Unabhängigen“ steht diese neue Tätigkeit würdig zur Seite.

Die Expedition der Volkswacht.

Wohnungs-Veränderung.

Unterzeichneter verzicht

am

von

nach

Name

Dieser Zettel ist zu verwenden bei dem 1. Oktober 1914 und an unsere Expedition eingehenden oder dem Selbstausschreiben mitzugeben.

Ein Grund

zur

Agitation für die Parteipresse.

Die Annexionisten und Kriegstreiber haben sich einen neuen Verein gegründet, der bereits seine Tätigkeit begonnen hat. Den Leuten steht die gesamte bürgerliche Presse zur Verfügung. Und sie werden keine Arbeit scheuen, die Gemüter aufzupeitschen. Das bedeutet aber die Fortsetzung des Krieges auf unabsehbare Zeit!

Diesen Versuchen muß ein Gegengewicht entgegengestellt werden, damit auch die wirkliche Ansicht des Volkes zum Ausdruck kommt!

Dies geschieht nur durch die sozialdemokratische Presse, die unabhängig und rücksichtslos für die Interessen des Volkes eintritt und seine Ansicht zum Ausdruck bringt. Leute, die sich in gesicherter sozialer Stellung befinden, die über viel Geld verfügen, sind nicht geeignet, über das zu entscheiden, was dem Volke frommt. Das kann nur allein aus dem Volke selbst herauskommen.

Dazu bedarf es aber einer starken Presse!

Kann denn in der Jetztzeit überhaupt etwas für die Parteipresse geschehen? Jawohl! Die Mitteilungen aus anderen Kreisen bestätigen das. Die „Mecklenburgische Volksztg.“ kann mitteilen, dass sich im Juli und August ihr Abonnentenstand um 500 vermehrt hat. Aus dem Eisenacher Agitationsbezirk wird mitgeteilt, dass an einem einzigen Ort 68 neue Abonnenten an einem Tage gewonnen wurden.

Parteigenossen, machen wir das nach!

In wenigen Tagen vollzieht sich ein neuer Quartalswechsel und da ist Gelegenheit, auf die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Presse hinzuweisen. Nur bei eifriger Agitation sind wir gewappnet, den Anstürmen der Gegner erfolgreich zu begegnen!

Es geht um die Interessen des Volkes!

Nachmal: „Über mit den Konfessionen“

In der Nummer 33 der „Volksmacht“ waren wir gezwungen, den verlogenen Bericht eines Danziger „Unabhängigen“ über eine Volksversammlung in Danzig, dem die „Leipziger Volkszeitung“ Raum gab, als vollständig unzutreffend zurückzuweisen. Wir gaben der Meinung Ausdruck, daß der „unabhängige“ Berichterstatter, der sein Blatt so schändlich hineingelegt, sich seinen Bericht einfach aus den Fingern geflogen hat. Denn an der Versammlung kann der Schreiber unmöglich teilgenommen haben.

Was wir vermutet hatten, wird durch einen weiteren Bericht des „unabhängigen“ Berichterstatters nunmehr selber bestätigt. In seiner neuesten Auslassung in seinen Leitblättern heißt es:

„Die Resolution in der Parteiverammlung ist abgelehnt worden. Nächste 50 Besucher von 300 noch anwesenden Personen stimmten für sie. Von den Unabhängigen Sozialdemokraten wurde die Gegenprobe vorgenommen. (Wer lacht da? R. M.) Dabei stellte sich heraus, daß 150 Besucher gegen die Resolution stimmten. Nun wurde vom Vorstandliche aus erklärt, daß dann die Resolution abgelehnt sei. Ob Sellin oder ein anderer von den Führern der Konfessionsparteien diese Erklärung abgab, ist nicht bekannt. Das letztere wird von einem Teil der Besucher bestritten, während ein anderer Teil die Erklärung einem anderen Herrn in den Mund legt.“

Soniel Worte, soniel Schwindel. Wir hätten diese neueste Leistung eines bedeutungslosen „unabhängigen“ Hirns nicht weiter beachtet. Uns interessiert nur die Befestigung unserer Vermutung, daß der arme Schreiber an der besagten Versammlung gar nicht teilgenommen hat. Und von solchem „Berichterstatter“ lassen sich Mütter bedienen, wie die „Leipziger Volksztg.“ und das „Berliner Mitteilungsblatt“, dem wir das Wort entziehen. Unsere Leser werden sich über diese unabhängige Vertiefung der Wahrheit sicher ein richtiges Urteil bilden. Es bleibt bei unserer Darstellung, von der wir uns nichts abstreifen lassen.

Unabhängiger „revolutionärer“ Kampf

Innentweigt und tapfer kämpfen die Unabhängigen in Volksversammlungen und ihrer Presse den Kampf für den Frieden und die Freiheit. Allerdings nicht gegen die reaktionären, kriegsbeherischen Allduischen. Soweit schwingt sich der Mut und die Erkenntnis der Unabhängigen nicht hinauf. Ihre Friedensarbeit erschöpft sich in den Versuchen unsere Friedensversammlungen zu föhren. Das unabhängige Zentralorgan die „Leipziger Volkszeitung“ deren wahrheitswidrige Berichte über die Versammlung mit dem Genossen Bartel als Referenten wir schon gekennzeichnet haben, bringt auch einen Bericht über die Sud-Versammlung, der eben so wahrhaftig gehalten ist, wie die früheren Heftesprodukte des „unabhängigen“ Danziger Berichterstatters. Danach soll die Resolution selbstverständlich

abgelehnt sein. Der Berliner Arbeiter soll den Konfessionsparteien ein Spiegelbild ihrer Arbeiterverräteren dargehalten haben. Dabei waren keine Ausführungen eine ebenfalls scharfe Beurteilung der Partei der Unabhängigen, die am 4. August 1914 mit für die Kriegskredite stimmten haben. Wir haben natürlich in dieser hochpolitischen Zeit wichtigeres zu tun, als mit dem unabhängigen Berichterstatter zu polemisieren. Zur Wahrhaftigkeit werden wir ihm wohl doch nicht erziehen können.

Stenograf

Gemeindepölit nach dem Kriege. Der Landtagsabgeordnete Paul Hirsch beschäftigt sich in einem loben erschienenen Buche „Aufgaben der deutschen Gemeindepölit nach dem Kriege“ (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, broschiert 1,80 Mk., geb. 2,00 Mk.) mit äußerst wichtigen und aktuellen Problemen. Der Verfasser wendet sich in erster Linie an die in der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung tätigen Männer und Frauen, denen er, gestützt auf ein reichhaltiges Material, die Wege zeigt, die in Zukunft gegangen werden müssen, wenn anders die deutschen Gemeinden den Aufgaben gerecht werden sollen, die ihrer Lösung durch sie nach dem Kriege harren. Er zeigt, wo in der Gesetzgebung der Fehler anzusetzen sind, um den Gemeinden die Stellung einzuräumen, auf die sie auf Grund ihrer Leistungen während des Krieges Anspruch haben, welcher Änderungen es bedarf, um den Gemeinden die Möglichkeit einer freien Betätigung auf allen Gebieten zu gewährleisten und was die Gemeinden ihrerseits zu tun haben, um als freie, durch veraltete staatliche Gesetze und bürokratische Eingriffe nicht gehemmte Selbstverwaltungskörper ihre sozialistischen Pflichten zu erfüllen.

Vom Schreibtisch in den Krieg. Skizzen von Richard Schiller. Verlag von Oesterth u. Co., Waldenburg i. Schl. Preis 40 Pf. In einem äußerst preiswürdigen Büchlein, das so recht in die Seitentafel eines Arbeiter- oder Soldatenrades paßt, bringt der Verfasser seinen Freunden keine Auschnitte aus dem großen fürstbaren Bilderbuche des Krieges. Es sind keine feuersprühenden und knallenden Effekte aus Kampfszenen, sondern Skizzen von starkem innerlichen Empfinden. Wie er das große Leid des Krieges sieht, wie er in einzelnen Bildern sonnigen Humor gibt, das versteht er in künstlerischer, aber nicht gekünstelter Form auszudrücken. Schiller war als Feldsoldat in Flandern und hat mit den Augen des Poeten und Malers so manches erspürt, was eben nur Menschen mit feiner Veranlagung wahrzunehmen imstande sind. Er zeichnet in zehn kleinen Geschichten das flandrische Land mit Dörfern, Städten und Menschen, die er als Soldat auf dem Marsche kennen gelernt hat. Er schrieb sein Büchlein aus dem inneren Drange des Volksfreundes und Künstlers heraus. Aber nicht nur für den schlichten Mann aus dem Volke, an den er sich zunächst wendet, ist der Lesestoff bestimmt, jede rein und sein gestimmte Natur wird diese kleinen Erlebnisse „Vom Schreibtisch in den Krieg“ gern lesen. Carl M. E. D o m i e.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Sehl, Danzig.
Verlag Volksmacht J. Sehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Bildungs-Vereins-Haus
Hintergasse 16

Heute Sonnabend

Das glänzende
8 Uhr Variété- und Operetten- **8 Uhr**
• Programm •

Morgen Sonntag

3 Uhr 2 Grosse 2 **7 Uhr**
Gala-Vorstellungen

Montag, den 1. Oktober

8 Uhr Das vollständig neue **8 Uhr**
Oktober-Programm

Bekanntmachung

betr. gewerbliche Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. 6. 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den gesamten Befehlsbereich des stellvertretenden XVII. Armeekorps angeordnet:

§ 1.

Gewerbliche Lehrlinge beiderlei Geschlechts dürfen ihre Lehrtätigkeit nur mit Erlaubnis des zuständigen Amtsvorstehers, in Städten der Polizeiverwaltung, verlassen, es sei denn, daß ihr bisheriger Arbeitgeber ihnen einen Erlaubnisschein erteilt hat, oder daß sie eine gerichtliche Entscheidung erwirkt haben, monach sie berechtigt sind, die Lehrtätigkeit zu verlassen.

§ 2.

Gewerbliche Lehrlinge bezw. Arbeiter beiderlei Geschlechts dürfen nur nach Vorlage einer Bescheinigung des Amtsvorstehers oder der Polizeiverwaltung über die ordnungsmäßige Aufstellung ihres Lehr- bezw. Arbeitsvertrages oder gegen Vorlage eines Erlaubnisscheines ihres bisherigen Lehrherrn bezw. Arbeitgebers oder nach Vorlage einer gerichtlichen Entscheidung, durch die das bisherige Lehr- bezw. Arbeitsverhältnis für beendet erklärt ist, in Dienst genommen werden.

§ 3.

Jeder unter § 1 fallende Jugendliche, sowie dessen gesetzliche Vertreter ist verpflichtet, über seine oder des Minderjährigen Beschäftigung dem amtierenden Arbeitgeber genaue Auskunft mitzuteilen.

§ 4.

Gegen die Verweigerung der Erlaubnis durch den Amtsvorsteher oder die Polizeiverwaltung steht die Beschwerde den Lehrlingen oder deren gesetzlichen Vertretern an den zuständigen Regierungspräsidenten, den jugendlichen Arbeitern aber deren gesetzlichen Vertretern an das stello. Generalkommando des XVII. Armeekorps offen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten, bezw. des stello. Generalkommandos ist endgültig.

§ 5.

Zwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe festsetzen.

In gleicher Weise wird bestraft, wer es in schuldhafter Verabsäumung, die seiner Beaufsichtigung unterstehenden Minderjährigen zur Beobachtung der im § 1 Abs. 1 und 2, sowie § 3 getroffenen Bestimmungen hinreichend anzuhalten.

Daneben kommt § 56 R.-St.-G.-B. zur Anwendung. Strafbar macht sich auch, wer zu einer Zwiderhandlung gegen eine der vorstehenden Bestimmungen auffordert oder anreizt. Der Versuch ist strafbar.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 30. Juni 1917.

Der kommandierende General des stello. XVII. Armeekorps
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Crauer-
Hüte in solcher Ausw. Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen
Goldstein
Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle

Extra-Angebot
preiswerter Waren.

Zum Umzug!

- Holzwaren**
Holzöffel . . . 20 25 30
Löffelbretter . . 45 40 30
Reibkeulen . . . 45 40 30
Wurststrättchen bunt . . 30
Küchenbrett 1.50 95 60
Lamettuchhalter 1.25 1.75 1.25
Küchenrahmen 3.75 2.95 1.25
Gewürztagger . . . 1.75
Gewürzschänke . . . 1.75
Eierschränke zu 30 Stck. 1.75
Wurstkäse 2.95 1.75 1.45
Messerkasten 2-teilig 1.50 95
Messerkasten 3-teilig 1.75 1.50
Kleiderleisten F. von 2.50
Kassolen hell u. dunkl. 60 45
Stuhlsetze.
Wäschklammern.
Washbretter.

- Emaillwaren**
Elmer 30 cm . . . 8.20
Schüsseln 40 cm 4.90
Teller tief. 20 cm 65
Essenträg. 3 Ltr. Inh. 6.25
Milchkanne 1/2 Ltr. 1.95
Seifensöpfe . . . 75

1 Waggon
markenfreies
Waschpulver **Rola-Bleiche**
1/2-Pfund-Paket 30 Pfennig

- Einmachtopfe für Kostkisten, Wasserkessel, Essen-Menagen.**
Feldpostkartons in allen Größen.

- Eisen- und Blechwaren**
Kohlenschachtel 1.75 1.10
Spirituskocher 95
Kaffeoböcher 1.10 95 75
Durchschläge 75 70 60
Briefkast. 2.25 1.75 95
Mausfallen . . . 60

- Feldflasche im Karton 60
Feldblechdose 1/2 Pfund 40
Feldblechdose 1 Pfund 56

- Borstenwaren**
Haarbesen 6.50 5.95 4.75
Robhaarbesen 9.- 8.25 6.-
Straßenbesen . . . 4.75 3.95
Schrubber . . . 2.10 1.45
Scheuerbürsten 1.95 1.45
Waschbürsten . . . 50 30
Kleiderbürsten . 95 75 60
Auftragbürsten. 60 45 25
Wichsbürsten 1.10 75 80
Staubwedel 1.25 60 45
Tappichklepser. 2.50 1.75
Marktnetze . . . 1.95 1.45
Gardinenstangen 1.10 85
Gardinenstangen verstellbar . . 2.45 2.25

- Schultaschen, Tornister, Frühstückstaschen, Glühstrümpfe.

Julius Goldstein

Junkergasse 4. Verkauf nur im Haushaltungsgeschäft. Junkergasse 4.

Verlangen Sie Rabattmarken.

Bekanntmachung.

Nr. Bel. 600 G. 17 KRA. II. Ang. Est. Id. Nr. 401g.
Eine neue Bekanntmachung Bel. 600 G. 17 KRA. II. Ang. betr.

„Bestandserhebung von Holzspänen aller Art“

Wird am 29. September 1917 in Kraft.
Die Bekanntmachung ist in vollem Wortlaut in den Regierungs- und in Kreisblättern sowie durch Aufschläge bekannt gemacht worden.
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 28. September 1917.
259
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. 6. 1851 wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den gesamten Befehlsbereich des stellvertretenden XVII. Armeekorps

das Rauchen und die Verwendung offenen Lichtes oder schadhafter Laternen in Ställen, Scheunen und Feldscheunen und in der Nähe von Ställen, Scheunen, Feldscheunen und Schöbern (Diemen) sowie auf Höfen landwirtschaftlicher Grundstücke verboten.

Zwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Haft bestraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 31. August 1917.
256
Der kommandierende General des stello. XVII. Armeekorps.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.